

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei im Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3.30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zellungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Russland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Beiträge
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.
 Verantwortlicher Redakteur: Dr. 1. Nr. 1606.
 Telegramm-Adresse:
 „Vorwärtsdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 5. Dezember 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Neue Schiffe, neue Steuern?

Die Hauptzahlen aus dem Reichs-Etatentwurf für 1900 haben wir bereits mitgeteilt.

Das Hauptinteresse beansprucht begreiflicherweise im Augenblick die Frage, ob — wie von den Offizieren gern behauptet wird — die Reichsfinanz-Entwicklung wirklich auf Jahre hinaus noch eine Höherbelastung durch Steigerung der Marine-Ausgaben denkbar erscheinen läßt, ohne zu neuen Steuern greifen zu müssen.

Nichtig ist, daß bisher noch immer der Voranschlag weit von den später sich herausstellenden wirklichen Einnahmen überholt wurde. So ergiebt sich aus der, dem Reichstag sieben vorgelegten „Uebersicht der Reichs-Ausgaben und -Einnahmen für das Rechnungsjahr 1898“ (1. April 1898 bis 31. März 1899):

	Gegenüber dem Gesamtvoll von Mark	Eine wirkliche Einnahme von Mark
Bei den Zöllen und Verbrauchssteuern	701 489 400	781 813 706
Bei den Reichs-Stempelabgaben	80 842 000	65 471 007
Bei den Postverwaltung	89 467 944	47 117 589
Bei den Reichs-Druckerei	1 635 148	2 237 537
Bei der Eisenbahn-Verwaltung	25 278 729	25 563 787
Bei den Postverwaltung	5 688 300	14 018 482
Bei verschiedenen Verwaltungs-Einnahmen	81 434 205	34 736 185

Nur sind allerdings im neuen Etatentwurf die meisten Einnahmequellen nicht anders behandelt, wie in den früheren Etats auch; bei den Zöllen und Verbrauchssteuern für 1900 z. B. durch Berechnung eines Durchschnitts aus den wirklichen Ergebnissen des zweijährigen Zeitraums von September 1897 bis August 1899, während dem Etatsvoll für 1899 in gleicher Weise der Durchschnitt von September 1896 bis August 1898 zu Grunde lag. Daraus — und das scheint zunächst ganz überzeugend und zuverlässig — ergeben sich bei einem Vergleich von 1900 und 1899 über 30,8 M. Mehransatz für die Zölle, fast 10 Millionen für die Zuckersteuer, 561 000 M. für die Salzsteuer, über 5 Millionen für die Branntweinsteuer, insgesamt 47 464 040 M. mehr für Zölle und Verbrauchssteuern, und ähnlich 38 990 000 M. mehr für die Stempelabgaben, etwa 7 1/2 Millionen mehr bei der Post (33 004 325 M. im Brutto-Etat), 470 000 M. bei der Reichs-Druckerei, 5 823 700 M. bei der Eisenbahnverwaltung, 3 216 666 M. bei den verschiedenen Verwaltungseinnahmen. Nehulich könnte man selbst diesem Etatsvoll gegenüber die zu erwartenden wirklichen Einnahmen nach dem Vorbild der letzten Jahre höher bewerten wollen, sodas der vorgesehene Anleihebedarf von 76 Millionen Mark entsprechend an Bedenklichkeit zu verlieren schiene. Aber solche Berechnungen und Vermutungen sehen offenbar voraus, daß der ununterbrochene wirtschaftliche Aufschwung, der in den zurückliegenden Jahren immer höher sich steigerte, niemals durch einen Stillstand oder gar einen ökonomischen Rückgang abgelöst werden könnte, der sofort den Verbrauch der Massen und die Geschäftstätigkeit der Post, der Eisenbahnen, der Reichsbank weit hinter den zuletzt erreichten Umfang zurückwerfen müßte. Eine enge Hausbewegung der Einnahmen wird auch der weghaltigste politische Spekulant angeht, so vieler kritischer Zeichen nicht mehr annehmen wollen. Der Anleihe, fast ausschließlich durch unproduktive Ausgaben für das Militär (26 Millionen) und die Marine (40 Millionen) veranlaßt, würde also kaum irgendwelche sogenannte „Schuldenentlastung“ aus später sich herausstellenden Ueberflüssen gegenübersehen, selbst wenn in solchem Falle diesmal nicht statt der „Schuldenentlastung“ eine Verstärkung der Betriebsmittel der Reichskasse vorgesehen wäre.

Das alles trotz hoher Einnahmehöhen und obwohl auch nicht ein Wenig für den neuesten Flottenplan vom vorliegenden Etat in Anspruch genommen wird! Daß unter solchen Umständen die bisherigen Steuerquellen vollends viel zu dürftig fließen würden, um auch noch das zweite Doppelgeschwader der Marine zu tragen zu können, liegt auf der Hand. **Neue Schiffe, neue Steuern!** Das ist das unumstößliche Ergebnis selbst einer sehr optimistischen Prüfung des Etats.

Dieser Einsicht scheint man sich auch in sonst recht hoffnungsvollen Kreisen nicht länger mehr verschließen zu können. Daß insbesondere die Finanzminister der Einzelstaaten sich keiner Täuschung über den wahren Sachverhalt hingeben, dürfte aus den Verwahrungen hervorgehen, welche von ihnen neuerdings mehrfach gegen die stärkere Heranziehung der Einzelstaaten zu Militärbeiträgen erhoben worden sind. Scheinbar ohne äußeren Anlaß, denn die Finanzen fast aller Bundesstaaten sind andauernd derart günstig, daß sie auf Reichszuschüsse mehr wie je verzichten können; und Landeszuschüsse hat das Reich seit langem nicht beantragt. Wenn trotzdem im bayerischen wie im sächsischen Landtage die Regierungen mit einem Male die „Reichsfinanz-Reform“ wieder anschnitten, so ist das unseres Erachtens ein schlagender Beweis, daß die Partikularverwaltungen sich gegen den Rückschlag der Flottenpläne auf ihre Staatsfinanzen zur rechten Zeit schützen möchten.

Aber die Einzelstaaten nicht durch Militärbeiträge heranzuziehen, heißt dann um so sicherer: neue Steuern im Reich erschaffen zu müssen. Die ganze Lage nähert sich so, je mehr die Flottenpläne Unterstützung finden, wieder der Situation von 1893, als die Caprivische Seereisevorlage über 50 Millionen jährlichen Mehrbedarfes geschaffen hatte, ohne daß eine Deduktion durch die bisherigen Steuerquellen möglich schien. Unter Führung des Herrn Miquel betrieben damals bekanntlich die Finanzminister eine Finanzreform großen Stils, die nicht nur 60 Millionen für das Reich, sondern gleich noch 40 Millionen für die Einzelstaaten-Kassen aus dem Tabak, dem Wein, den Quittungen und Frachtbriefen liefern sollte, nachdem man vorher mehr an Bier und Branntwein gedacht und nur aus Sorge vor dem Wahlkampfe davon Abstand genommen hatte. Damals hat die Hochflut des Geschäftsganges von selber größere Einnahmen gebracht und damit den Ansätzen des Herrn Miquel die Spitze abgebrochen. Heute ist mit einer solchen automatischen Einnahmevermehrung nicht mehr zu rechnen, viel eher mit einer Ebbe und Rückflut in den Reichskassen.

Darum wird wahrscheinlich die bevorstehende Etatsberatung sich sofort den neuen Flottenplänen zuwenden. Finden sie keine unüberfüllte, entschiedene Ablehnung, so mag man für das Etatsjahr 1900 sich noch einmal durcharbeiten, wie eine kaiserlich-österreichische Regierung. Indes die Aussicht für die Zukunft bleibt dann doch allein: neue Schiffe, neue Steuern, und zwar diesmal, außer der Erhöhung der Getreidezölle, wahrscheinlich Steuern auf Bier und Tabak.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Dezember.

Der Reichstag

hatte heute die neue Münzvorlage der Reichsregierung in erster Lesung zu erledigen und das brachte natürlich eine Doppelwährungs-Debatte, obgleich der Gesetzentwurf mit der Gold- und Silberwährung eigentlich gar nichts zu thun hat. Wenigstens nicht direkt. Denn er hat nur den praktischen Zweck, die goldnen 5 Markstücke und die silbernen 20 Pfennigstücke, jene binnen Jahresfrist nach Erlass des Gesetzes, diese vom 1. Januar 1892 anher Siltigkeit zu setzen und die Prägung dieser zwei Münzsorten sofort einzustellen. Für Norddeutschland hat das belläufig gar keine praktische Bedeutung, da die beiden ungewöhnlich kleinen Geldmünzen vom Publikum Norddeutschlands thatsächlich bereits längst außer Kurs gesetzt sind und sich nur noch in Süddeutschland vorfinden, wo man an die winzigen Kreuzer gewöhnt war. Mit dem Gesetzentwurf ist aber die weitere Bestimmung verbunden, daß bei der Silberausprägung die Norm von 14 Mark Silberfeidentünge auf den Kopf angenommen werden soll, anstatt wie gegenwärtig von 10 Mark per Kopf, und daß für die Ausprägung, bis jener Betrag erreicht ist, „Landes-silbermünzen“ zu verwenden sind — und zwar in der Höhe von 30 Millionen Mark im Jahr. Es ist berechnet, daß dann nach 10 Jahren die Norm von 14 Mark Silbermünze auf den Kopf erreicht würde. Hiernach wären 30x10 Millionen, also 300 Millionen Mark, das heißt 100 Millionen Thaler einzuschmelzen, und der Gesamtbetrag wird jetzt auf ungefähr 120 Millionen geschätzt. Die Gesetzesvorlage spricht demnach über die noch im Kurs befindlichen Thaler das Todesurteil aus. Und das ist es, was die gewerkschaftlichen Agitatoren für Doppelwährung in die Walle gebracht hat. Denn an den Thaler, der in die Goldwährung nicht hineinpaßt und sie zu einer „hinkenden“ gemacht hat, knüpften sie große Hoffnungen, aus dem Thaler gedachten sie den Hebel zu schmieden, durch den die Goldwährung aus den Angeln zu heben sei. Hins Max Jacymas! Darum der Schmerz unserer Silber-Interessenten. Dies der Grund ihrer Opposition gegen die Gesetzesvorlage. Dies der Ursprung der Doppelwährungs-Debatte.

Eine Doppelwährungs-Debatte gleicht der anderen, wie ein Ei dem andern gleicht. Was die Frage selbst angeht, Gold- oder Doppelwährung? so ist das eine Frage, die nur für Unwissende oder — Interessenten besteht. Eine „Währung“ kann nur eine einheitliche sein, wie jedes andere Maß mit Notwendigkeit einheitlich sein muß. Was würde man von einem Gewichtsmas sagen, das neben dem Kilogramm auch das Pfund hätte? Es wäre die organisierte Konfusion. Und Doppelwährung wäre noch weit schlimmer als solches Doppelmaß, weil das gegenseitige Wertverhältnis zwischen Gold und Silber beständig wechselt, während das Maßverhältnis zwischen Pfund und Kilogramm immer das gleiche bleibt.

Und ebensowenig wie man sich über das Wesen der Doppelwährung Illusionen hingeben kann, ist eine Täuschung über den Zweck der Doppelwährung, so wie sie heute gefordert wird, noch möglich. Man mag sich wenden und drehen wie man will, die Doppelwährung oder lateinisch: der Bimetallismus läuft auf Falschmünzerei oder, was dasselbe, auf planmäßige Münzverschlechterung zum Vorteil der Junker und auf Kosten des arbeitenden Volkes hinaus.

Geredet haben heute wieder die alten Redner. Die Frege, Arndt, Hahn und Nordhoff ritten die alten Schlachtrosse, verzapften die alten Schlagworte und hatten das alte

Schicksal. Es wurde ihnen tüchtig heimgeleuchtet. Und die Herren Siemens und Koch besorgten dieses Amt nicht gerade höflich. Indes das nahmen die Herren Bimetallisten nicht übel; es giebt einen Grad der Unwissenheit oder — Interessiertheit, der das Gefühl der Blamage ertötet. Unsererseits sprach Genosse Schoenlant.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Kleinere Vorlagen und dritte Lesung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle.

Die Flottenvorlage naht!

Am Montag, den 23. Oktober 1899, gab die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, in der Absicht, die durch die Hamburger Kaiserrede erregten Gemüter zu beschwichtigen, eine offiziöse Erklärung ab, die also begann:

„Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist der Marine-Etat für das Rechnungsjahr 1900 abgeschlossen und hält sich im Rahmen des Flottengesetzes. Für das Etatsjahr 1900 ist eine Novelle zum Flottengesetz nicht in Aussicht genommen.“

Ein paar Wochen später, am 4. Dezember 1899, schreibt dieselbe „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ebenso offiziös an der Spitze des Blattes gegenüber Behauptungen der „Münchener Neuesten Nachrichten“:

„In der Presse ist die Ansicht aufgetaucht, daß dem Reichstag in der jetzigen Session nicht ein Flottengesetz, sondern nur eine Denkschrift vorgelegt werden soll. Wir sind ermächtigt zu erklären, daß die oben erwähnte Nachricht unzutreffend ist. Der Reichstag wird bestimmt noch in dieser Session Gelegenheit haben, eine Novelle zum Flottengesetz zu beraten. Der genaue Zeitpunkt, an dem die in Arbeit befindliche Vorlage dem Reichstag zugehen wird, steht indessen noch nicht fest.“

Das ist einmal ein Musterbeispiel offiziöser Ueberlichkeit. Am 23. Oktober die entschiedene Versicherung, daß für das Etatsjahr 1900 keine Novelle zum Flottengesetz in Aussicht genommen sei, am 4. Dezember die nicht minder entschiedene Erklärung, daß der Reichstag noch bestimmt in dieser Session eine Flottennovelle zu beraten haben werde. Will man künftig noch eine Steigerung für „Unwahrheit“ anwenden, so mag man von einer „offiziösen Erklärung“ reden.

Da die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ aber nicht irgend ein Blatt ist, sondern als das Sprachrohr der Regierung bemut wird, so trifft das Kennzeichen absoluter Unzuverlässigkeit der offiziellen Erklärungen in der Presse auch die Versicherungen der Regierung selbst. Man braucht schlechterdings nicht mehr so „höflich“ zu sein, den Herren Vertrauen und Glauben entgegenzubringen.

Jedenfalls wissen wir jetzt, daß aus die Flottenvorlage nicht nur in der Form einer unverbindlichen Denkschrift bevorzucht, sondern daß sie als eine Abänderung des jetzigen Flottengesetzes dem Reichstag vorgelegt werden wird, der nun Gelegenheit hat, seine Festigkeit gegenüber einer ebenso maglosen wie nebelhaften abenteuernden Ueberseepolitik zu beweisen.

Drohungen.

So leicht geht die Abschüttelung des Herrn Schweinburg nicht von statten, wie sich die Berliner Universitätsprofessoren gedacht haben. Er selbst denkt gar nicht daran, zu gehen, und diejenigen, die ihn gehen lassen könnten, werden es sich sehr überlegen, ehe sie sich das Uebelwollen des genannten Herrn zugehen. In „Kleinen Journal“ wird eine ganz dentliche und vielstimmige Drohung an alle diejenigen erlassen, die auf seinen Sturz hinarbeiten. Auf die Frage: Wird man ihn fallen lassen, erhalten wir dort den Bescheid:

„Das Gebot der Anzucht möchte dogmatisch sprechen, denn Herr Schweinburg weiß viel, sehr viel — er besitzt einen wohlverwahrten Schatz von Dokumenten, deren Veröffentlichung viel Staub aufwirbeln würde. Die Luft ist auch bei uns durchaus nicht so rein, daß ihr Sauerstoffgehalt noch einer Vermehrung bedürfte.“

Wer diese Drohung niedergeschrieben hat, der muß Herrn Schweinburg persönlich sehr nahe stehen, denn sonst könnte er doch von dem wohlverwahrten Schatz von Dokumenten keine Kenntnis haben. Es liegt hier also eine ausgesprochene Drohung von Seiten Schweinburgs vor, die ihre Wirkung nicht verfehlen dürfte. Schon jetzt wird selbst von den Wältern, die ganz energisch die Oeseitigung Schweinburgs von seinen Vertrauensposten verlangen, zum Rückzuge geblasen. So schreibt das „Leipziger Tageblatt“, das bisher mit am schärfsten gegen Schweinburg losgezogen hatte, nunmehr ganz merkwürdig diplomatisch:

„Man kann nur wünschen, daß Herr Schweinburg hieraus (aus den Protesten der Universitätsprofessoren gegen seine Führung im Flottenverein) für sich die Notwendigkeit ableitet, seinen exponierten Posten im Vereine aufzugeben. Ist sein selbstloses Interesse an der Flottenfrage so groß, wie seine hohen Protektoren versichern, so wird er wohl einen Weg finden, der seine zweifellos seltene Arbeitskraft dem Vereine erhält, diesen aber von der Verbindung mit einem Namen befreit, der nun einmal der großen nationalen Sache Segner schafft und Freunde abwendet.“

Das heißt nichts anderes, als den Feldzug gegen Schweinburg einstellen, vor ihm in aller Form kopulieren. Man begnügt sich mit dem Wechsel der Firmen, nach wie vor soll aber Schweinburg die Seele des Flottenvereins bleiben dürfen, nur benannt soll sie nach einem anderen werden. Wenn dann die Berliner Universitätsprofessoren dem Flottenverein noch nicht beitreten wollen, hören sie überhaupt auf, von Herrn

Schweiburg noch ernst genommen zu werden. Wir freuen uns, daß Herr Schweiburg als einfacher Mann der Feder seine hohen Protektoren, die Regierungskreise wie auch einen großen Teil der bürgerlichen Kreise so in Schach zu halten versteht, daß niemand ihm etwas zuleide thun mag. Er benutzt in seiner Weise das Wort „Wasser ist Macht“. Weil er tief eingeweiht in die schmutzigen Coulißhändel der letzten Jahrzehnte ist, so stellt er eine Macht dar, mit deren Wissen gerechnet werden muß.

Allerdings läßt sich die Drohnote auch als ein Pfeil aus dem Hinterhalt denken, der gegen Schweiburg und vor allem gegen seinen Herrn gerichtet ist. Es kann sein, daß es kein Freund Schweiburgs ist, der hier als sein schreibender Verteidiger auftritt. Man mag mit bestimmten oben herrschenden Stimmungen rechnen, indem man ihn als eine Art Expresse beunruhigt, man mag auf jenes vernichtende „nun erst recht“ spekulieren, mit dem Leute durch höhere Gewalt befestigt werden, die sich mittels Drohungen anrecht zu erhalten suchen. Die bössliche Intrigue wandelt gern solche Schleichwege. Natürlich handelt es sich nicht um den gleichgültigen Schweiburg, sondern um seinen bisher unbesieglich erscheinenden Patron im Stasienswaldchen. —

Aufhebung des Verbindungsverbots.

Nach bei Beratung des Justizhandgejetz versuchte Graf Posa-dowitz die Aufhebung des Koalitionsverbots für politische Vereinigungen zu einem Handelsobjekt reaktionärer Wünsche zu machen. Er deutete an, daß die Regierung sich der Erfüllung ihres wichtigsten Versprechens überheben wolle, wenn der Reichstag dem Justizhandgejetz nicht wenigstens einige Schritte weit entgegenkomme. Bestimmte wandte sich nun der noch immer von amtlicher Seite begnadete Herr Schweiburg in seinen „D. R.“ gegen diese Auffassung der Worte des Staatssekretärs des Innern und ließ erkennen, es sei nicht die Absicht der Regierung, die Einlösung ihres Versprechens nur als Warge eines Unterdrückungsgesetzes zu spenden. Jetzt verlangt mit Bestimmtheit, daß die Aufhebung des Verbindungsverbots alsbaldigst zu erwarten sei.

Bekanntlich hatte Fürst Hohenlohe bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches feierlich zugesagt, daß das Verbot für politische Vereine, mit einander in Verbindung zu treten, jedenfalls eher aufgehoben werden solle, als das neue bürgerliche Gesetz in Kraft tritt. In einer ganzen Reihe von Bundesstaaten ist das Verbot im Laufe der letzten Jahre beseitigt worden; in Bayern wurden zugleich einige sonstige Verbesserungen im Vereins- und Versammlungsgesetz durchgeföhrt, in Sachsen dagegen wurde die Reform mit erheblichen und fast ausschließlich die Arbeiterklasse treffenden Verschlechterungen des Vereinsrechts verknüpft. In Preußen sollte das Versprechen des Kanzlers zum Vorwand einer völligen Vernichtung des Arbeiter-Vereinsrechts benutzt werden. Die lex Neke zerstückt die Fesseln des Verbindungsverbots, um zugleich die Arbeiterklasse von jeder Benutzung des entseffelten Rechts auszuschließen. Nur knapp entkam die Bevölkerung Preußens dieser eigentümlichen Erfüllung des Versprechens des höchsten Reichsbeamten.

Jetzt stehen wir unmittelbar vor dem äusersten Termine, den der Reichstagler sich selbst gesetzt hatte. Das Bürgerliche Gesetzbuch tritt am 1. Januar 1900 in Kraft. Schon jahrelang mühten die Reichsregierung und ihr oberster Vertreter von allen Seiten Hohn und Mißtrauen duden, ob des noch immer unerfüllten Versprechens. Ja, sicherlich trug die Nichterfüllung der dem Reichstag gegebenen Zusage erheblich dazu bei, daß die Mehrheit des Reichstags das Justizhandgejetz mit ungewohnter Erbitterung beiseite warf.

So blieb denn jetzt nichts anderes übrig, als daß dem widrigen Spiele ein Ende gemacht wird. Fürst Hohenlohe soll die neue Plottenvorlage im Reichstag repräsentieren. Ohne Erfüllung jener Zusage vor einem ob des Wortbruches großen Parlament könnte er seine bescheidene Rolle unmöglich erfüllen.

Und den Marine-Abenteurerlaster die Bahn ein wenig zu glätten, erfüllt die Regierung mühselig und unwillig eine seit Jahrzehnten von allen bürgerlichen Parteien geforderte, seit Jahren zugegangene und doch stets hintertreibene, winzige Reform. —

Deutsches Reich.

Eine Verschwörung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die sonst nur in der Lage ist, offenkundige Unzuverlässigkeiten ihre Spalten zu weihen, hat endlich einmal das Glück, auf Grund eines geheimen Aktenstücks die launere Wahrheit zu verkünden. In ihrer Sonntagsummer bringt sie nämlich die folgende sensationelle Enthüllung: „Wie wir hören, soll seitens der in Portefreigen als maßgebend betrachteten Stellen für die sozialdemokratische Partei die Parole ausgegeben sein, Volksversammlungen, in denen die Plottenvorlage auf der Tagesordnung steht, zu meiden. Sollte diese Nachricht zutreffend sein, so geht nur daraus hervor, daß man es für richtig hält, zu dem alten Mittel „Erhalten in Unkenntnis“ zu greifen. Man besüchert wohl mit Recht, daß die intelligenten deutschen Arbeiter schon zum großen Teil eingesehen haben oder durch Plottenvorträge leicht davon überzeugt werden könnten, daß es sich bei der Plottenfrage nicht um eine Maßnahme gegen, sondern für ihre vitalen Interessen handelt.“

Wir müssen leider bekennen, daß die „Norddeutsche“ das Richtige geöhrt hat. Jemand ein schuldigter Vertreter hat ihr von der geheimen Konferenz erzählt, die unter der Leitung des durch seine großen Parteibeiträge bekannten „Mannes im Monde“ und in Gegenwart des ausländischen jüdischen Millionärs, der als „Nordische Wasserfaule“ figuriert, stattgefunden hat. In dieser Versammlung wurde einmal beschlossen, daß jeder Sozialdemokrat, der eine Plottenversammlung besucht, nicht nur aus der Partei ausgeschlossen wird, sondern ihm auch nach der bekannten terroristischen Manier die Knochen im Leibe zerklüftet werden.

Insofern ist die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zutreffend unterrichtet. Was sie aber nicht weiß ist, daß dies nicht die erste Verabredung der Art ist; schon bei der Justizhandgejetz wurde niemand die Volksversammlungen besuchen, die für das herrliche Gesetz warben; denn wir hatten auch damals eingesehen, daß unsere intelligenten Arbeiter sonst durch die Kommiss der Scharfmacher leicht hätten überzeugt werden können, daß die Vorlage keine Maßnahme gegen sie war, sondern in ihrem vitalen Interesse lag.

Zweitens hat die „Norddeutsche“ versprochen oder absichtlich unterlassen hinzuzufügen, daß man in den Kreisen der edlen Wasser-schwärmer beabsichtigt, jedem deutschen Arbeiter die nötigen 50 Pf., die bei den bisherigen Plotten, „Sells“ versammlungen als Eintrittsgeld erhoben wurden, teilweise aber zinslos vorzustrecken, um ihnen den Besuch dieser Veranstaltungen zu ermöglichen; weitergehende Vorschlüge planen sogar, den intelligenten deutschen Arbeiter Pferdebesitz, sowie sonstige Anlegen zu erleichtern. Endlich will man Marinemissionare in die Privatwohnungen sowie die Werkstätten der Arbeiter senden, um sie über die Segnungen der Weltmeerpolitik zu unterrichten. Eänitliche deutsche Unternehmungen beabsichtigen, zu diesem Zweck täglich eine zweifelhafte Extravase bei voller Lohnauszahlung einzuföhren, um die Gelegenheit zur Entgegennahme der Befehlsversuche zu geben.

Wir können uns nicht der schüchternen Befürchtung entschlagen, daß auf diese Weise die Sozialdemokratie um den Erfolg ihrer Verschwörung gebracht werden wird, daß uns die Arbeiter, stinken-begierig, bis auf den letzten Mann davonlaufen werden, und in

der Partei nur jene gemäßigten Agitatoren übrig bleiben, die so lange von ihrem angeammelten Feit zehren, bis sie mangels neuer Zufuhr von Arbeitergroßem elendiglich verhungern. —

Drei Männer aus dem Volke sind bisher in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ aufgetaucht. Der erste kostete 2500 M. für die Plottenversammlung. Der zweite erklärte, daß er nichts geben würde. Der dritte, ein Studiosus, erhält in Brief-lasten des Blattes folgende Mitteilung: „Studiosus, Berlin. Wir haben Ihren Beitrag für die Plottenversammlung entgegengenommen und der zuständigen Stelle übermittleit.“ — Wie hoch der Betrag ist, wird nicht verraten. Es lebe der vierte Mann aus dem Volke!

Zugewissen geht der Plottenrummel in den seltsamsten Formen weiter. In den Universitäten werden Institute angeflagen, in der die patriotisch gestimmten Studenten zu einer nationalen Plotten-subskription angefleht werden. „Ein jeder Deutsche“, so heißt es in dem Aufruf, „möge ohne Unterschied des Standes wenigstens allmonatlich ein freiwilliges Opfer auf den Altar des Vaterlandes legen, bis wir eine genügend starke Flotte haben, bis wir ebenso mächtig zur See sind als zu Lande. Ihr Reichthum gebet viel, ihr Mächtig und wenig Bemittelten gebet mindestens so viel, als ihr unbedrängt abbrechen könnt.“ Wenn die Studenten kein Bier mehr trinken, keine Cigarre mehr rauchen, auch sonstigen teuren Bedürfnissen abschwören, so werden die gewonnenen Spargelder einem ganz häßlichen Beitrag zur Flotte abgeben. Sie können die von ihnen gestifteten Schiffe auch dann selber bemannen.

Schweiburg auf Urlaub. Der Organisator der Schlagschiffenpolitik, Victor Schweiburg, hat sich, wie er in seiner Korrespondenz mitteilt, als Sekretär des Plottenvereins beurlaubt. Er habe schon längst eingesehen, daß diese Thätigkeit einen ganzen Mann erfordere:

„Ich habe wiederholt das Präsidium um Entsehung von der Stellung des Sekretärs des Plottenvereins gebeten, und, nachdem meine Gesuche abgelehnt wurden, weil es bisher noch nicht gelungen war, eine Persönlichkeit zu finden, welche ihre ganze Kraft und Zeit diesem Ehrenamte widmet, habe ich in der vor wenigen Wochen stattgefundenen Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses meine Bitte wiederholt. Dieselbe ist indes von dem Ausschusse einstimmig abgelehnt worden. Ich habe mich bei dieser Ablehnung lediglich aus dem Grunde begeben, weil mir dadurch Gelegenheit gegeben wird, dem Vorstande des Deutschen Plottenvereins, welcher am 16. d. M. zu einer Sitzung zusammentritt, Nachenschaft über meine bisherige Thätigkeit für den Verein zu geben, und weil ich mich überzeugt halten muß, daß der Vorstand sich den Gründen für einen Wechsel in der Person des Sekretärs, welche mich zu meinen wiederholten Entlassungsgesuchen bestimmt haben, sicherlich nicht verschließen und auch wohl die Ueberzeugung gewonnen wird, daß es im Interesse des Vereins zweckmäßiger ist, die Stelle des Sekretärs des Deutschen Plottenvereins mit einer vollständig neutraleren Persönlichkeit zu besetzen, als ich es bin.“

Nachdem wir aus dieser Erklärung erfahren haben, daß es sich bei dem Sekretariat des Plottenvereins um ein Ehrenamt — das bescheinigt ihm auch Fürst Bied in einem Telegramm — handle, zweifeln wir nicht im mindesten daran, daß Schweiburg in der That leichten Herzens auf diesen Posten verzichteten wird.

Anders steht es um seine anderen Aemter, in denen er sich Goldgruben gegraben hat. Die möchte er nicht lassen. Darum veröffentliche er als Geschäftsführer der „Berliner Neuesten Nachrichten“ eine Erklärung, er würde einen in dem Blatt veröffentlichten Angriff gegen das Centrum nicht gebilligt haben, wenn er ihn vor der Veröffentlichung gesehen hätte.

Silant ist es, wenn Herr Schweiburg sich in seiner obigen Auslassung als eine politisch nicht neutrale Persönlichkeit vorstellt. Oder handelt es sich nur um einen Plättchenspieler. Sollte der politisch gänzlich uninteressierte Nachrichtenhändler und Agent der Stimmungsmaße schreiben: „mit einer geschäftlich neutraleren Persönlichkeit“? —

Freisinnige Marineflut. Bemerkenswert ist der Wortlaut eines Beschlusses, welchen am Sonntag der Parteitag der freisinnigen Volkspartei für Berlin gefaßt hat; er lautet:

„Der Berliner Parteitag der freisinnigen Volkspartei erklärt sich mit Entschiedenheit gegen alle Pläne zur Vernehmung der Flotte, welche eine Beschränkung des Staatsrechts des Reichstages in sich schließen und zu einer wesentlichen Mehrbelastung des Volkes führen müssen.“

Nur bei weiterer Beschränkung des Staatsrechts und bei „wesentlicher“ Mehrbelastung des Volkes ist dieser freisinnige Verein Gegner der Plottenvernehmung. Die politischen Gefahren der Verabredung sowie die Anflutur dieser internationalen Weltströmungs-anarchie fördern die freisinnigen Leute nicht in ihrer prinzipienbaren Scheinopposition. —

Ein nettes Kaiserstückchen leistet sich die an der Bydener Manifest-Fälschung erst eben wieder geschulte „Post“. In der Sonntagsummer hatten wir von den Anstimmungen geiprochen, die man wegen der Kommune Berlin empfindet. Die „Post“ kriegt es fertig, das, was wir als Halluzinationen einstufiger Kreise schilderten, als — Pläne der Sozialdemokratie wiederzugeben. Der „Vorwärts“ vergleiche Berlin mit Paris, das als revolutionäre Hauptstadt bei den französischen Staatsumwälzungen mit „wunderbarer Selbsterhaltung“ seine „Aufgabe“ begriffen habe, und trete für eine einseitige Stadtgemeinde Berlin ein, die ihm als eine Konzentration revolutionärer Kräfte höchst willkommen sein würde. Das sei ein etwas weiter Griff in die Zukunft, aber er zeige doch, worauf man im sozialdemokratischen Lager hinaus will, was man von der heute noch freisinnig-socialistisch registierten Haupt- und Residenzstadt erhofft, und worum man so viel Geld und Mühe darauf verwendet, in Berliner Rathhaus weiteres Terrain zu gewinnen. Wenn irgend etwas, so sei diese unvorsichtige Enthüllung sozialdemokratischer Endabsichten mit Bezug auf die Gestaltung der kommunalen Entwicklung Berlins dazu angethan, die Aufmerksamkeit aller Wohlgelehrten auch fernherhin auf die Vorgänge im „Roten Hause“ zu lenken.

Der Mann, der diese Zeilen geschrieben, könnte sich ein gutes Stück Geld erwerben, wenn er seine Geschäftlichkeit bemythe, fremde Namen auf Bescheln zu schreiben. Jedenfalls verdient er für die bewiesene Anspornungsfähigkeit, die er gegenüber den Ansprüchen der Ehrlichkeit bewiesen, zum 1. Januar eine Gehaltsaufbesserung. —

Dr. Rehinger, Reichstags- und bayerischer Landtags-Abgeordneter, ist am Sonntag in München gestorben. Dr. R. war am 3. April 1844 geboren, hatte katholische Theologie studiert und war 1869 zum Kaplan in Wertheimshaus ernannt worden. Von da ab bis 1888 war er bald schiffschlepperisch, bald als katholischer Pfarrer thätig. Seit 1888 war er nur noch schriftstellerisch thätig. Er war Führer des bairischen Bauernbundes. Dem Reichstages hat er 1877-78 und seit 1898 als Vertreter des fünften Wahlkreises Niederbayern angehört dem bairischen Landtage 1875/77 und seit 1893. —

Die bremischen Bürgerwahlen sind nun beendet und unsere Partei hat gut abgeschlossen. Seit 1893 war sie bloß mit zwei Mandaten in der Bürgerkammer vertreten, jetzt aber hat sie im ganzen sieben Siege erobert, drei ländliche und vier städtische. In den bisher in der Bürgerkammer stehenden Genossen Blome und Hartmann sind die Genossen Redacteur Rhein, Boigt, Helmert, Kiegener und Wehrens hinzugefügt worden. Doppelt gewählt wurden die Genossen Rhein und Boigt. Gelangt es, die zweiten Mandate beider Genossen in der Nachwahl zu halten und ferner in den beiden Stimmkreisen, in die wir schon jetzt mit der größeren Stimmenzahl gegenüber dem Gegnern eintreten, zu siegen, so wird vom 1. Januar ab eine sozialdemokratische Fraktion von 11 Mitgliedern in der Bürgerkammer sitzen.

Bisher konnten unsere Vertreter Anträge nicht selbständig zur Debatte bringen. Da fünf Unterschriften dazu notwendig sind, waren sie auf die Hilfe der Liberalen angewiesen, und diese warfen fast regelmäßig alle sozialdemokratischen Anträge ohne genügende Unterstüzung unter den Tisch. Selten kam einmal ein Antrag zur Debatte und zur Abstimmung. Das ist hinfort nicht mehr möglich, unsere Anträge werden nunmehr aus eigener Kraft immer zur Debatte gebracht werden können.

Der Anfall der Wahlen ist ein deutliches Verdict gegen die Liberalen. Vor drei Jahren zogen sie mit der Forderung der Wahlrechtsreform aggressiv in den Wahlkampf und, soweit die auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts wählenden Klassen in Stadt und Land in Betracht kommen, erzielten sie damals einen Zuwachs von insgesamt 800 Stimmen. Diesmal aber, nachdem die Liberalen in der Wahlreformfrage und anderen politischen Angelegenheiten sich so schwach und unfähig erwiesen haben, ist ihre Stimmenzahl nur auf 275 gesunken. Die Sozialdemokratie hingegen wuchs 1896 in Stadt und Land um 764 Stimmen und dies mal nahm sie um weitere 1065 Stimmen zu. Die Liberalen Stimmen beliefen sich 1893 auf 6464, 1896 auf 7324, 1899 auf 7049 Stimmen; die sozialdemokratischen aber 1893 auf 2292, 1896 auf 2006, 1899 auf 4061 Stimmen.

Auf dem Landgebiete sind die Gegner völlig von uns überflügelt worden; während 1893 noch 969 Liberaler gegen 399 sozialdemokratische Stimmen standen, saßen jetzt die Liberalen Stimmen auf 597, und die sozialdemokratischen stiegen auf 978 Stimmen.

Die Zunahme an Mandaten ist also begleitet von einem Stimmenwachstum in Stadt und Land. In der Stadt gehören uns jetzt 32,19 Proz. der abgegebenen Stimmen (gegen 24,87 Proz. in 1893 und 26,85 Proz. in 1896). Im Landgebiet gehören uns 62,06 Proz. der Stimmen (gegen 29,12 Proz. in 1893 und 41,06 Proz. in 1896). Und dabei muß bedacht werden, daß wir in der Stadt noch nicht einmal in sämtlichen 24, sondern nur in 17 Bezirken Kandidaten aufgestellt hatten!

Das Resultat darf wirklich als ein glänzendes bezeichnet werden. Der Rückgang der Liberalen wird nur wohl auch bei den nächsten Reichstagswahlen offenbar werden. —

Karlruhe, 2. Dezember. (Eig. Ber.) Durch die preussische Heffische Eisenbahn-Gemeinschaft erledigt Baden die Budgetperiode 1900/1901 einen **Einnahme-Anfall** im Betrag von 588 200 M. Diese Erlöse dürfte der badische Regierung, die den Anker des preussischen Reichthums in der nötigen Liberalität entgegensteht, doch zu denken geben. Würde es Preußen gelingen, — wonach es schon lange gekämpft — sein Kolonnenrecht auch über die bis jetzt noch zumest in Preussisch-Badischen Pfälzer-Bahnen auszusprechen, so wäre es mit dem Kranz-verkehr in Baden vorbei. Mit dem Verlust der Eisenbahnselbständigkeit wäre die Selbständigkeit Badens aber überhaupt in Frage gestellt. Vermuthlich wird es im badischen Landtage in dieser Angelegenheit zu heftigen Debatten führen. —

Deutsche Koalitionsfreiheit im Elsaß. Den wiedergewonnenen Brüdern der Reichslande wurde seit jeher die Ausübung des Koalitionsrechts unter Vernehmung auf die reichsständischen Sondervorstände, die hinsichtlich der gewerkschaftlichen Vereinigungen nach der R.-G.-O. ausdrücklich aufgehoben worden sind, unmöglich gemacht. Vor einiger Zeit hatte es ein Maurer jedoch auf gerichtliche Entscheidung ankommen lassen und das Landgericht Metz hat auch, wie wir seiner Zeit berichtet haben, durch die Verwaltungspraxis des Ministeriums Puttkamer einen dicken Strich gemacht; es sprach den Maurer frei unter der ausdrücklichen Feststellung, das auf die von ihm gegründete Zählstelle des Maurerverbandes der 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung anzuwenden sei und die landesgesetzlichen Sondervorschriften hierfür nicht mehr gelten.

Für das Ministerium Puttkamer erweist sich der dide Strich aber als ein so dünner juristischer Zwirnstrang, daß es darüber nach langer nicht zu streuen braucht.

Einige Holzarbeiter in Schilligheim, die — nach dem Meyer Gerichtsurteil ganz überflüssigermode — bei der Reichsaktion wegen der Gründung einer Zählstelle des Holzarbeiterverbandes angestraft hatten, erhielten folgenden Bescheid:

Karlruhe, den 23. November 1899.

Auf Ihre Anfrage vom 20. September er. eröfnete ich Ihnen auftragsgemäß, daß die Verwaltung die neugegründete Zählstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes nicht als unter den 152 der Gewerbe-Ordnung fallend betrachte, da angenommen wird, daß die in den Satzungen vorgezeichneten wirtschaftlichen Bestrebungen nur vorgeschätzt sind, während der Verein in Wirklichkeit politische Ziele verfolgt. Damentprechend wird hiermit an den Verein die Aufforderung gerichtet, sich auszulösen, da er die zu seinem Bestehen erforderliche politische Genehmigung nicht besitzt. Im Falle der Ergebnislosigkeit der Aufforderung wird mit Strafzusage gegen die Vereinsmitglieder und gegebenen Falles ihre Mitschuldigen (Art. 2 und 3 des Gesetzes vom 10. April 1834, Art. 201 ff. des preussischen Gesetzbuchs) vorgegangen und außerdem der Verein von Amtswegen aufgelöst werden.

Ich erlaube um Anzeige der erfolgten Auflösung binnen 8 Tagen.

Der Reichsdirektor.

(102.) Wf. z. Solms.
Wenn nun jemand amähnte, daß die durch nichts begründete Annahme der Reichsdirektion nur vorgeschätzt ist, nun den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechtes trotz Geley und trotz Gericht unmöglich zu machen?

Die Holzarbeiter werden es hoffentlich wie die Maurer auf die gerichtliche Entscheidung ankommen lassen. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Beleidigung der Kaiserin und des Kaisers vorstehers Ausloß in Giebiengstein war, so wird uns aus Halle geschrieben, der 50jährige Handelsmann Julius Schulze aus Giebiengstein vor der Straßammer angeklagt. Er soll im Januar 1899 die Kaiserin durch Singen eines Liedes und den Kaiservorstehers durch die Beschimpfung seiner Frau beleidigt haben. Der Angeklagte ist Vater von zehn Kindern, er soll ein militär- und regierungsfreundlich gesinnter Mann sein und hat schon längere Zeit in einer Nebenheilanstalt zugebracht. Die Verhandlung entzog sich der Offenheit und hatte das Ergebnis, daß der Angeklagte zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Seine Inrechnungsfähigkeit, hieß es in der Begründung, sei nicht ausgeschlossen.

Marinevorlage und Wahlrecht in Baden.

Karlruhe, 2. Dezember.
Auf die Interpellation der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion bezüglich der sonderbaren Anknüpfung der Marinevorlage und die Stellung der badischen Regierung zu derselben hat die letztere heute der Kammer eine „Antwort“ gegeben lassen. Die badische Regierung erklärt kurz und bündig, daß sie nicht in der Lage ist, auf die Interpellation eine Auskunft zu geben, da dem Bundesrat zur Zeit eine Vorlage über die Marine nicht vorliegt. Die Interpellation ist dadurch zwar im Augenblick gegenstandslos geworden, die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird aber zweifellos im Laufe der gegenwärtigen Session noch Gelegenheit bekommen, ein ernstes Wort über diese Vorlage und die merkwürdige Anknüpfung derselben mit der badischen Regierung zu sprechen.

Die in der Ehrenrede angeführte **Denkchrift der Regierung über die Wahlrechts-Änderung** ist heute den Abgeordneten zugegangen. Der Inhalt der Denkchrift deckt sich fast gänzlich mit dem, was die badische Regierung schon bisher über ihre Stellung zur Wahlrechtsänderung gelagt hat. Sie erklärt sich unter keinen Umständen bereit, das lautenlose diese Wahlrecht zu bewilligen; sie beharrt im Gegenteil auf dem Standpunkt, daß bei einer Änderung des bestehenden Wahlrechts neben den direkt gewählten Abgeordneten auch Privilegierte, d. h.

Vertreter von Verwaltungskörpern, mit in die II. Kammer gewählt werden sollen. Die Zahl derselben soll 25 betragen, nämlich 14 Abgeordnete der Städte und 11 sonstige Vertreter des Selbstverwaltungskörpers. Neben dieser ungewissen Veranschlagung der Mitglieder der ersten Kammer, die Erweiterung der Rechte eines Teils der Mitglieder und eine Erweiterung der Rechte derselben.

Diese Veranschlagung bedeutet eine rückwärtslose Provocation der Mehrheit der babilischen Volksvertretung. Heftige Debatten stehen im babilischen Landtag bevor und das Ministerkabinet wird nicht als Sieger aus denselben hervorgehen, dürfte ungewiss sein.

Papstliche Jahreshundertfeier.

Der Papst fordert in einem Rundschreiben zur Feier des Jahreshundertjahres auf. Die Feier dauert ein ganzes Jahr, das heilige Jahr, und beginnt in der heiligen Stadt mit der ersten Messer des Weihnachtsfestes 1890, um mit der ersten Messer des Weihnachtsfestes 1900 zu schließen.

Für die Dauer dieses Jubeljahres erteilen wir, so heißt es in dem päpstlichen Schreiben, und verleihe ich euch im Herrn vollkommenen Ablass aller Sündenstrafen, Vergebung und Verzeihung allen Christgläubigen, die das heilige Jahr, welche wahrhaft ihre Sünden bereuen, die heiligen Sacramente der Buße und des Altars empfangen und die römischen Basiliken der heiligen Petrus und Paulus, Sanct Johann im Lateran und Maria Maggiore gemäß der hier folgenden Vorschriften besuchen. Wer in Rom seinen Buhustag hat, muß jene Kirchen an zwanzig Tagen, wer als Pilger nach Rom gekommen ist, mindestens an zehn Tagen wenigstens einmal täglich mit Andacht besuchen und daselbst für die Erhebung der Kirche, für die Ausrottung der Irrlehren, für die Eintracht unter den katholischen Fürsten und für das Wohl des christlichen Volkes beten. Es ist nicht nötig, daß die Tage, an welchen man den Kirchenbesuch vornimmt, unmittelbar aufeinander folgen; auch macht es keinen Unterschied, ob es bürgerliche oder kirchliche Tage sind, welche letztere aber von der ersten Messer jeden Tages bis zur vollen Abenddämmerung des folgenden gerechnet werden.

In dem Schreiben findet sich auch eine Anklage gegen die Sünden der Zeit, die an die Schilderungen erinnert, die fromme Gefirer von dem römischen Lotterleben entwarfen, als ein Alexander VI. in der heiligen Stadt residierte:

„Wenn man aber Umschau hält und den Blick nach der entgegengekehrten Seite wendet: welche Blindheit, welche Verirrung, welche eine Menge Menschen, die dem ewigen Verderben zu-eilen! Das Herz preßt sich uns zusammen, so oft wir daran denken, daß so viele Christen, verlockt durch eine zügellose Freiheit im Denken und Empfinden, das Gift verderblicher Lehren gierig in sich aufnehmen und unablässig daran arbeiten, die unschätzbare Gnade des heiligen Glaubens in ihren Herzen zu zerstören. Daher der Widerwille gegen ein wahrhaft christliches Leben und die Welt um sich greifende Sittenverderbnis, daher die glühende unerfüllte Gier nach Dingen, die den Sinnen schmeicheln, daher jenes Sinnen und Trachten, das von Gott sich gänzlich abwendet und in das Irdische sich vergräbt. Es läßt sich kaum mit Worten wiedergeben, wie groß jetzt schon das Verderben ist, welches aus jenen giftigen Quellen selbst in die Grundvesten der menschlichen Gesellschaft sich ergossen hat. Denn die vielfach herrschende Lubotmäßigkeit, die wilden Ausbrüche der Volkseifersucht, die unsichtbar drohenden Gefahren, die mit Verdrüßnis uns erfüllenden Verderben: im Grunde genommen sind sie nichts anderes, als ein schranken- und zügelloses Ringen nach Besitz und Genuß der Erdengüter.“

Für die katholische Christenheit ist nun jedenfalls endgültig entschieden, wann das neue Jahrhundert anfängt.

Ausland.

Frankreich.

Paris, 2. Dezember. (Vig. Ber.) In der gestrigen Kammerfassung, gelegentlich der Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern, kam wieder einmal die Frage der Abschaffung der Unterpräfekten zur Verhandlung. Sie gehört zu den Fragen, die ausschließlich bei der Angeberberatung wiederkehren, ohne je gelöst zu werden. Nur einmal, im Jahre 1886, fand sich eine Kammermehrheit, die den betreffenden Budgetposten (ungefähr 6 Millionen) strich. Die einzige Folge davon aber war der Sturz des damaligen Kabinetts Freycinet, das aus der Verbeibaltung der Unterpräfekten eine Kabinettsfrage gemacht hatte. Der Senat stellte dann die gestrichelten Artikel wieder her und die Kammer sagte ja und Amen dazu. Denn es war lediglich eine zufällige und gemischte Ministersturz-Mehrheit, die auf die Reform selbst sehr wenig hielt.

Diesmal verhielt sich die Sache so. Der Urheber des Antrages auf Streichung der Kredite war der querdissidische Abgeordnete Jévaès, aber die Alerikal-Monarchisten und die Melinischen Parteigänger machten den Versuch, das Manöver von 1886 gegen das gegenwärtige Ministerium zu wiederholen — natürlich mit dem festen Entschluß, nach dem Sturz des Ministeriums die Kredite für die Unterpräfekten im Einverständnis mit dem Senat und mit ihren eigenen Wünschen wiederherzustellen. Der Versuch war so weit glücklich, daß die Melinisten in der Budgetkommission den sozialistischen Antrag mit 9 gegen 7 Stimmen durchsetzten, die Abwesenheit der größeren Hälfte der Budgetkommission ausnützend, trotzdem diese bereits die Kredite votiert und auch in dem gedruckten und zur Verteilung gelangten Budgetentwurf veröffentlicht hatte.

Die Anhänger der Abschaffung der Unterpräfekten, die Sozialisten und Radikalen, sahen sich also vor die unangenehme Wahl gestellt, entweder mit den reaktionären Gegnern des Ministeriums dieses zu Falle zu bringen, oder aber ihren früheren Abstimmungen zuwider für die Unterpräfekten zu votieren, um das reaktionäre Manöver zu vereiteln. Denn die Regierung mußte sich schon deshalb gegen die Abschaffung der Unterpräfekten erklären, weil sie ihrem Programm gemäß nur solche Reformen vertreten darf, über welche alle Republikaner einig sind.

Die sozialistische Fraktion hat sich nun in offener Weise über dieser an sich unbedeutenden Frage gespalten. Die kleinere Hälfte stimmte für den Antrag Jévaès, die größere, worunter ein Teil der querdissidischen Abgeordneten selbst, dagegen. Die Spaltung, die sich selbstverständlich mit derjenigen über die Frage Millerand deckt, kam zum Ausdruck nicht nur bei der Abstimmung, sondern auch auf der Kammertribüne. Während Jévaès seinen Antrag begründete und der blaugrüne Abg. Wolter ihm zustimmte, sprachen die sozialistischen Abgeordneten Rouanet und Jourde gegen die Zweckmäßigkeit des Antrages, da dieser von reaktionärer Seite unterstützt werde, um eine Ministerkrise herbeizuführen.

Die Debatte endete mit der Ablehnung des Antrages Jévaès bzw. mit dem votum des fraglichen Budgetpostens mit 305 gegen 144 Stimmen. Die Minderheit besteht aus dem kleineren Teil der sozialistischen Fraktion, den Alerikal-Monarchisten, den Nationalisten und den Melinisten reaktionärer Art. Das Ergebnis der Abstimmung zeigt wohl, daß die Sozialisten sämtlich für den Antrag Jévaès hätten stimmen können, ohne die Existenz des Ministeriums in Frage zu stellen. Leider aber scheint die ganze Debatte von sozialistischem Gesichtspunkt aus der Frage Millerand gegolten zu haben, was eine Verständigung ausschloß. Um so mehr, als die sozialistische Fraktion seit ihrer Spaltung im Juli keine gemeinsamen Sitzungen mehr abhält.

Am Vorabend des Einigungskongresses sind diese Vorgänge eine doppelt dringende Mahnung zur endlichen Schlichtung der Gegensätze.

Paris, 3. Dezember. Der Minister des Innern hat Befehl gegeben, die letzte Nummer des Blattes „Caricature“ zu beschlagnahmen, weil sich darin ein Bild befindet, welches als eine Beleidigung der Königin von England angesehen werden kann.

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 4. Dezember. Die Deputiertenkammer lehnte bei der Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern auf Antrag des Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau mit 312 gegen 207 Stimmen einen Antrag der Sozialisten auf Anhebung der geheimen Fonds ab.

Belgien.

Brüssel, 1. Dezember. (Voss. Zig.) Ein neuer Kongostaatlicher Skandal ruft großen Lärm hervor. Alle Angestellten des Kongostaates, ohne jede Ausnahme, müssen, bevor sie nach Afrika abreisen, die förmliche Verpflichtung eingehen, streng verschwiegen zu sein und alle ihre Beobachtungen am Kongo geheim zu halten. Der Staat umgibt sein gesamtes Personal mit strenger Ueberwachung, und diese Ueberwachung wird sogar ausgeübt, wenn sich einer der Angestellten auf Urlaub in Belgien befindet. Auf alle Weise soll verhindert werden, daß unliebsame Vorfälle oder die wahren Zustände am Kongo in Europa bekannt werden. Sogar das Briefgeheimnis wird im Kongostaat nicht gewahrt, sondern auf das grösste Verleht. Die vom Kongo her nach Belgien kommenden Briefe sind zum größten Teil geöffnet, ja künstlich entriegelt und nur nachlässig wieder verschlossen worden; viele kommen offen an oder verschwinden überhaupt spurlos. Beschränkt sich ein Empfänger eines solchen Briefes bei dem Briefträger über dessen vorgenommene Oeffnung, so erwidert dieser bezognehmend und achselzuckend: „Das muß ein Kongobrief sein!“ Staatliche Beamte versichern, daß in der kongostaatlichen Hauptstadt Boma ein Schwarzes Kabinett eifrig arbeitet. Da aber die Verlegung des Briefgeheimnisses vor der Ankunft der Kongobotschafter in Antwerpen erfolgt, so sind die belgischen Gerichtshöfe außer Stande, die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen. Der Brüsseler katholische „Patriote“ stellt noch weitere Enthüllungen mit Angabe der Namen und Zeitangaben in Aussicht. Das Ganze ist ein unerhörter Skandal, und da wundern sich die kongostaatlichen Kreise und Kolonialschwärmer noch, daß das Kongo-Unternehmen in den breitesten Kreisen der belgischen Nation sehr unbeliebt ist und jede Geldbewilligung für den Kongostaat im Lande stets einen Enttäuschungssturm hervorruft.

England.

Zu Chamberlains „Blindnis“-Rede. Dem „Hamburger Korresp.“ wird offiziell aus Berlin gemeldet:

Der Berliner Korrespondent des „Daily Telegraph“ erklärt den Thatsachen entsprechend: Bei der Konferenz des Kaisers in Windsor wurde von der Möglichkeit eines schriftlichen Bündnisses überhaupt nicht gesprochen; er glaubt aber, daß immerhin wichtige Resultate erreicht worden seien. Ihr Zweck sei, zu verhindern, daß bei irgend welchen Differenzen England oder Deutschland versuchen, eine Annäherung an andere Länder zu erwirken, um einen Druck aufeinander auszuüben. Hiernach werde stets zuerst zu freundschaftlichen Verhandlungen getritten werden, um eine Reibung oder Spannung zu vermeiden. Der Kaiser denke jedoch nicht daran, seine europäische Politik abzuändern, sondern bleibe bei seinen Verpflichtungen gegen den Dreibund und seiner traditionellen Freundschaft für Rußland.

Belfast, 4. Dezember. Die Zeitung „Belfast News Letter“ berichtet aus Dublin, infolge einer sensationellen Information, die zu den leitenden Ministern in Dublin gelangte, sei die Verdoppelung der Wachen in allen Kasernen des Bezirkes des Dubliner Schlosses angeordnet worden. Es verlautet, daß das Vorhandensein einer Verschwörung in Dublin entdeckt worden sei, die bezwecke, durch Verbrohung mit Dynamitattentaten die Unterstehungsgelder für die Doornen reichlicher fließen zu machen.

Rußland.

Verhaftungen. In der Nacht vom 13. auf den 14. November war die Stadt Homel im Gouvernement Mohilew, so wird uns geschrieben, dem Ueberfall der Polizei und der Gendarmen preisgegeben. Es wurden 80 Hausdurchsuchungen vorgenommen, bei welchen nichts Kompromittierendes gefunden wurde. Trotzdem verhafteten die Gendarmen folgende Personen: Stoljnev (Lehrer), Agraw (Lehrer), Promissiljanski, Derwin (Arbeiterin), Sorin (Arbeiterin), Dragun (Arbeiterin), Ganelin (Schneider), Lewin (Schneider), Krotow (Schneider), Galkin (Arbeiter), Feigin (Arbeiter), Schljafow (Einbinder), Naiski (Arbeiter), Perlowski (Schuhmacher), Ljuschij (Schuhmacher), Vubin, Radin (ein 15-jähriger Knabe). Tag darauf erschien ein gedruckter Aufzug mit der Beschreibung der verhafteten Polizeibeamtungen bei drei Hausdurchsuchungen. Auf diesen Aufzug antwortete die Polizei mit neuen Verhaftungen und nahm noch fünf Arbeiter fest. Agraw und Vubin sind bereits wieder freigelassen. Es laufen hier Gerüchte von neuen massenhaften Verhaftungen in Petersburg und Moskau um.

Amerika.

Washington, 2. Dezember. Heute haben Staatssekretär Hay, der deutsche Votschafter v. Holleben und der englische Votschafter Sir Julian Pauncefote das Abkommen unterzeichnet, durch welches die Vereinigten Staaten von Amerika der deutsch-englischen Vereinbarung über Samoa beitreten.

Washington, 3. Dezember. In dem Jahresbericht des Marine-Sekretärs Long wird der Wert von drei Panzerkreuzern von 13000 Tons, drei gedeckten Kreuzern von 8000 Tons und 12 Annonenbothen von 600 Tons gefordert.

Erklärung.

Kürzlich lief durch die bürgerliche Presse folgende Notiz: „Nach einer Meldung der „L. G.“ hat der frühere antisemitische Abgeordnete Leuz durch Vermittlung von Franz Mehring Anschluss an die Sozialdemokratie gesucht und gefunden. Die letzte Nummer der „Neuen Zeit“ enthält bereits einen Aufsatz von Leuz.“ Wir ging diese Notiz zuerst als ein Ausschnitt aus der „Freisinnigen Zeitung“ zu, wo sie noch bedeutend verschönert war, eben dadurch aber so abgemildert wurde, daß ich sie als einen der landläufigen kapitalistischen Puffs laufen ließ. Jedoch wurde ich verständig, daß ihre oben mitgeteilte, falschere Form in manchen Parteitreuen Mißverständnis verursacht hat, und so stehe ich nicht an, zu erklären, daß die Bekanntschaft, Leuz habe durch meine Vermittlung Anschluss an die Sozialdemokratie gesucht und gefunden, eine leere Erfindung und zwar eine Erfindung wider besseres Wissen ihres Urhebers ist.

Die Art, wie Leuz ein tragisches Schicksal zu tragen gewußt hat, ist mir persönlich in hohem Grade sympathisch, und ich freue mich, dadurch in freundschaftliche Beziehungen zu ihm gekommen zu sein, aber ich habe nie bei irgend einer Parteinstanz irgend einen Schritt gethan, der in irgend einem Sinne dahin gedeutet werden könnte, als habe ich seinen Anschluss an die Sozialdemokratie vermittelt wollen, so wenig wie Leuz mir jemals dergleichen Schritte nahe gelegt hat. Als ich seine unpolitischen Gedächtnisse in der „Neuen Zeit“ angelegte, schrieb ich: „Nach seiner Freilassung stieg Leuz in der bürgerlichen Welt auf verschlossenen Thüren. Sein Schicksal hatte ihn dem politischen Kampf entfremdet, aber er wünschte seine Gedächtnisse zu veröffentlichen und hoffte auf einigem Entgegenkommen der bürgerlichen Presse. Jedoch deren schöner Versuch, ausgleichend einzutreten, wo die Sagen des geschriebenen Rechts mit den kategorischen Forderungen der Gerechtigkeit in einem unlöslichen Konflikt geraten, ist heute vergessen, und als sich Leuz nach manchem gescheiterten Versuche mit der Bitte um Rat an mich wandte — in der irigen Voraussetzung, daß ich noch nähere Beziehungen zur bürgerlichen Presse hätte —, konnte ich ihm kein gutes Prognostikon stellen. In der That verließ der einzige Weg, den ich ihm als menschlichmöglichsterweise noch gangbar andeutete, sofort in eine Sackgasse. Unter so bewanderten Umständen erlaube ich gern den Wunsch von Leuz, seinen Gedächtnisse an dieser Stelle ein Geleitwort voranzuschicken, obgleich ich ihm nicht verhehlt habe, daß

ihm damit dem bürgerlichen Publikum gegenüber leicht mehr geschadet als genützt werden könnte. Hieraus zu folgern — und irgendwo anders habe ich mich nicht über ihn geäußert — daß Leuz durch meine Vermittlung Anschluss an die Sozialdemokratie gesucht und gefunden habe, ist in der That nur wider besseres Wissen möglich.

Um den Humberg zu stützen, wird dann noch die Thatsache herangezogen, daß die „Neue Zeit“ einen Aufsatz von Leuz veröffentlicht hat. Ich könnte mich begnügen zu sagen, daß ich nicht Redakteur der „Neuen Zeit“ sei; aber da diese Ablehnung bei dem unbestreitbaren Talent der kapitalistischen Presse fürs Entstellen und Unterstellen zu neuen Auertheilen benützt werden möchte, so will ich der Redaktion der „Neuen Zeit“ zwar nicht in ihre Unfähigkeit pfuschen, aber als alter Mitarbeiter dieses Blattes an seine hergebrachte Praxis erinnern, auch Nichtmitgliedern der Partei das Wort zu geben, vorausgesetzt, daß sie über Fragen von öffentlichem Interesse, wie etwa Strafrechtsfrage und Gefängnisverwaltung, Gemeindefragen zu sagen haben, dies in der bürgerlichen Presse zu sagen ihnen durch deren honorierte Vorurteile verboten wird.

Stegly-Berlin, 4. Dezember 1890. F. Mehring.

Partei-Nachrichten.

Folgende Erklärung finden wir in unserm Karlsruher Parteiblatt:

Nachdem der unterzeichnete Parteivorstand in Gegenwart der Parteigenossen August Dreesbach und Adolf Ged von den zwischen einem Teil der Karlsruher Genossen und dem Genossen Adolf Ged ausgebrochenen Differenzen Kenntnis genommen hat, erklärt der unterzeichnete Parteivorstand, daß der in Nr. 24 des „Volksefreund“ erschienene Bericht über die Wahlkreis-Konferenz des zehnten babilischen Wahlkreises durch seinen Inhalt den Genossen Ged verlegen machte und zwar insbesondere, da die dem Genossen Ged brieflich gewordene Anfrage, zu einer solchen Versammlung eingeladen zu werden, nicht eingehalten wurde.

Der unterzeichnete Parteivorstand und die mit anwesenden Genossen August Dreesbach und Adolf Ged erstreben nunmehr den Zwischensatz für erledigt.

Berlin, 30. November 1890. Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei.

Gemeindevahlen. In Gräfinau (Schw.-R.) wurden unter vier neu zu wählenden Gemeinderats-Mitgliedern 3 Sozialdemokraten gewählt. Das gesamte Kollegium besteht aus 6 Mitgliedern, von denen 5 Sozialdemokraten sind. In Schortens (Oldenburg) siegte die sozialdemokratische Liste. Es waren vier Mandate zu besetzen. In Ohweil (Württemberg) wurde ein Parteigenosse in den Gemeinderat gewählt. In Furtwangen in bad. Schwarzwald haben unsere Genossen bei den Bürgerauswahlgewahlen der 3. Klasse gesiegt.

Von der Parteipresse. In einer Parteiversammlung in Leipzig wurde mitgeteilt, daß die „Leipziger Volkszeitung“ bereits auf annähernd 27000 Abonnenten gestiegen ist. Im Verhältnis zur Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswähler, die für das haupt-sächliche Verbreitungsgebiet in Frage kommen, ist das der höchste Abonnentenstand, den ein deutsches Parteiblatt bisher erreicht hat.

Der Dr. Lüggenau ist, wie unser Dortmund-Parteiblatt meldet, in die Redaktion des dortigen freisinnigen Tageblattes eingetreten.

Politikales, Gerichtliches usw.

Wegen Beleidigung des Parteisekretärs Herrn Jahn in Frankenberg wurde Genosse Schöpflin als verantwortlicher Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme“ vom Schöffengericht zu 30 R. Geldstrafe verurteilt. Der Beleidigung lag das Vornamglied am Seminarbau in Frankenberg zu Grunde.

Der französische Einigungskongress.

Paris, 3. Dezember.

Vor der Kongressöffnung.

Seute um 2 Uhr nachmittags tritt der Einigungskongress des französischen Sozialismus zusammen. Um über dessen Verhandlungen den Leser im Voraus zu orientieren, teilen wir die von den verschiedenen Organisationen übereinstimmend festgelegten Grundlagen des Kongresses mit, die von dem Ende 1890 zuerst geschaffenen Verständigungskomitee ausgearbeitet wurden:

Die Zulassungsbedingungen zeigen, daß die fünf bestehenden Sonderorganisationen (die querdissidische Arbeiterpartei, die blaugrüne sozialistisch-revolutionäre Partei, die alleanistische sozialistisch-revolutionäre Arbeiterpartei, die postillistische (brunssistische) Föderation der sozialistischen Arbeiter und die Konföderation der unabhängigen Sozialisten, die wieder in einen rechten und einen linken Flügel zerfällt) in den grundlegenden Prinzipien des Sozialismus übereinstimmen. Die Feststellung der prinzipiellen Zulassungsbedingungen war die leichteste der Vorarbeiten, da schon das Verständigungskomitee sich auf derselben Grundlage konstituiert hat. Es werden zum Kongress zugelassen nur die Gruppen, die im Voraus und schriftlich die nachstehende Formel anerkannt haben, welche die wesentlichen Grundsätze des revolutionären Sozialismus zusammenfaßt:

Internationale Verständigung und internationale Aktion der Arbeiter, politische und ökonomische Organisation des Proletariats in einer Massenpartei zum Zweck der Eroberung der politischen Macht und der Vergesellschaftung der Produktions- und Austauschmittel, d. h. der Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische oder kommunistische.

Zusammenfassung des Kongresses. Es werden zugelassen: 1. Studien- und Propaganda-Gruppen und ständige politische Gruppen, die seit dem 1. Januar 1890 bestehen und im Verständigungskomitee durch eine der fünf Organisationen vertreten sind. Die vereinzelt bestehenden Gruppen werden jedoch zugelassen, falls sie vor dem 31. Oktober 1890 einer der fünf Organisationen beigetreten sind. 2. Dieselben Gruppen, wie sub 1, die zwar keiner der fünf Organisationen, wohl aber einer regionalen oder departmentalen Föderation angehören, die seit dem 1. Januar 1890 konstituiert ist. 3. Gewerkschaften, die seit dem gleichen Datum bestehen und die prinzipielle Grundlage des Kongresses acceptiert haben. 4. Genossenschaften unter den nämlichen Bedingungen, wie Gewerkschaften, mit der zusätzlichen Bedingung, daß sie in ihren Statuten die Zuerkennung eines Teils des Reingewinns zu Gunsten der sozialistischen Propaganda vorsehen.

Jede Gruppe hat das Recht auf einen Delegierten. Außerdem hat die Gesamtheit der Gruppen eines Wahlkreises, die derselben nationalen oder departmentalen Organisation angehören und sich an den letzten Wahlen beteiligt haben, das Recht auf 2 Delegierte für 500 bis 2000 (im 1. Wahlgang) erhaltene Stimmen und 3 Delegierte für 5000 Stimmen und darüber. Jede Organisation wählt diese letzteren Delegierten getrennt von den anderen, ausgenommen den Fall, daß der gleiche Kandidat von den Gruppen, die verschiedenen Organisationen angehören, aufgestellt wird.

Tagesordnung des Kongresses.

1. Der Klassenkampf und die Eroberung der politischen Gewalt: a) In welchem Maße kann die Partei in Gemäßheit des Grundgesetzes des Klassenkampfes, der Grundlage ihrer Organisation, sich an der öffentlichen Macht in Gemeinde, Departement und Staat beteiligen? b) Mittel und Wege zur Eroberung der Macht. Politische Aktion (Wahl- und revolutionäre Aktion). Ökonomische Aktion (Streik, Generalstreik, Boykott usw.).

2. Die Stellungnahme der sozialistischen Partei zu den Konflikten innerhalb der verschiedenen bürgerlichen Fraktionen: Kampf gegen den Militarismus, Antisemitismus, Nationalismus usw.

3. Die sozialistische Einigung, deren theoretische und praktische Bedingungen. Vertiefung und Kontrolle der verschiedenen Aktionen, Agitation und Organisations-elemente durch die Partei.

Geschäftsordnung.

1. Ein Delegierter kann Träger von höchstens fünf Mandaten sein. 2. Ueber die Geschäftsordnung wird nach Stimmabstimmung, über die grundsätzlichen Fragen nach Mandaten jedesmal, wenn dies von einem Zehntel der vertretenen Mandate verlangt wird. 3. Jeder Delegierte hat dem Organisations-Ausschuss des Kongresses 3 Franc pro Mandat einzuzahlen.

Am Vorabend des Kongresses haben die fünf Organisationen in gesonderten Lokalen für ihre Delegierten eine Empfangsfeier veranstaltet, wo zugleich die Aufgaben des Kongresses vorbesprochen wurden.

In der „Petite République“ erklärt heute der Chefredacteur Genosse Clément Richard, sein Organ werde sich im Voraus vor den Entscheidungen des Kongresses, die die Haltung dieses Blattes bestimmen würden.

Ueber die **Sonntagsfeier** liegt bisher nur folgendes Telegramm vor:

Paris, 3. Dezember. Der Allgemeine Socialistenkongress ist heute nachmittags im Gymnase Voltaire eröffnet worden. Es waren etwa 1000 Delegierte anwesend, darunter sämtliche socialistische Deputierte und die hervorragenden Führer der Partei.

Die die „Liberté“ erklärt, wolle Mitterand, falls es seine Parteifreunde für notwendig erachtet, im Socialistenkongress erscheinen, um seinen Eintritt ins Ministerium zu rechtfertigen.

Der Ausschuss der Arbeiterpartei zog mit einer roten Fahne in den Kongresssaal ein. Der anwesende Polizeikommissar duldet diese rote Fahne, weil sie eine Inschrift trug.

Als Vorsitzender fungierte auf Vorschlag des provisorischen Komitees Bürgermeister Delory von Lille. Es entspann sich eine längere rein geschäftliche Debatte über die Tagesordnung und die Einsetzung von Kommissionen. Die erste Abstimmung ergab die Annahme der von den Guesdisten gemachten Vorschläge mit etwa 800 gegen 400 Stimmen.

Litterarisches.

W. Kaufmann: Die Gewerkschaftsbewegung. Darstellung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter und der Arbeitgeber aller Länder. Bei Gustav Fischer in Jena. 730 Seiten. Preis 10 M.

Es war keine leichte Aufgabe, die sich der Verfasser da gestellt hat und wie dürfen es ihm aus dem Herzen gehen, daß er große Schwierigkeiten zu überwinden hatte, daß es ihm ungeheure Mühe gekostet, das Material zusammen zu tragen. Es ist keine Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, es soll keine sein, es ist eben nur eine Darstellung, wie der Verfasser sein Buch betitelt, eine Darstellung, soweit sie ihm möglich war.

Der Verfasser hat sich die Aufgabe gestellt, eine Zusammenfassung der gesamten gewerkschaftlichen Entwicklung zu geben. Dabei hat er sich nicht auf Deutschland beschränkt, sondern auch das Ausland berücksichtigt; und zwar auch diejenigen Länder, für die es bisher eine allgemeine zugängliche Litteratur nicht gab. Was Deutschland anlangt, so erfahren neben den Gewerkschaften und den christlich-Dunklerischen Gewerksvereinen unseres Wissens zum erstenmal auch die christlichen Gewerksvereine, die Kaufmännischen Vereine, die Beamten-Vereine eine zusammenhängende Darstellung.

Neben der eigentlichen Gewerkschaftsbewegung kam uns A. nichts Neues sagen, im Vorwort zu seinem Werk belaudet er selbst, daß er, soweit möglich, die vorhandene Litteratur als Unterlage benutzte, und daß er in solchen Fällen auf das Unmaterial nicht zurückgegangen sei. Das Fehlbende suchte er aus Fachplätzen und durch private Umfrage zu gewinnen. So ist er bei Beschreibung der englischen Gewerkschaftsbewegung fast ausschließlich den Webbs gefolgt, während seiner Darstellung der deutschen Gewerkschaftsbewegung neben Schmölles Buch namentlich die Protokolle der drei Gewerkschaftskongresse zu Grunde gelegt sind. Das soll kein Vorwurf sein, der Wert des Buches besteht darin, daß hier zum erstenmal die Sammlung und Zusammenfassung eines weitverstreuten und verstreuten Materials vorgenommen wurde.

Dagegen wird selbst der Kenner der Arbeiterbewegung in einzelnen Kapiteln Thatsachen zusammengetragen finden, deren Kenntnis ihm wohl nie und da bruchstückweise durch die Tagespresse geworden, so aber auch wieder verloren gegangen. Das gilt zunächst von den Vereinen der Post- und Eisenbahnbeamten. Die argen Mißstände, unter denen die Arbeiter und Beamten zu leiden haben, die dem lgl. preuß. Spar-Minister von Thielens unterstehen, sind fortgesetzt der Gegenstand lebhafter Klagen in der Presse. Man sollte meinen, daß die Eisenbahner sich durch starke Organisationen bessere Erleichterungsbedingungen zu erringen trachteten. An Organisationen fehlt es nicht, aber ein Blick auf die im Anhang wiedergegebenen Statuten zeigt, wie harmlos sie sind. Vereine, die zuerst das „Oppositionsprinzip“ verkörpert, wie der im Jahre 1892 in Hannover gegründete „Deutsche Eisenbahnbeamten-Verein“, machten dies bald gegen das „Solidaritätsprinzip“ eintauschen, wenn sie nicht der Auflösung verfallen wollten. In den Statuten der meisten dieser von höheren Beamten geleiteten Vereine wird den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, „Parteilosigkeit zu pflegen“ und „alle staatsfeindlichen Bestrebungen zu meiden und abzuwehren.“ Den gewerkschaftlichen Anforderungen etwas näher kommen die bayerischen Eisenbahner-Vereine, indem sie die Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen sich zur Aufgabe stellen. Der Verband der deutschen Eisenbahner, der sich der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen hat, sah sich beziehungsweise in die Notwendigkeit verlegt, im Hinblick auf die Unterdrückungs- und Verfolgungsmacht der Verwaltungsbehörden, alle Angaben über Stärke etc. des Verbandes abzulehnen. Ebenso verhält es sich mit den Postbeamten-Vereinen. Dem Postbeamten-Verband ist der „Gistjobn“ ausgebrochen, indem Herr v. Röbbel den Vorstand bekanntlich zur Streichung der Worte im Statut nötigte, die als Aufgabe des Verbandes die „Vertretung der Interessen der Postassistenten“ bezeichneten.

In der Darstellung in der „Konfessionellen Arbeitervereine“ wird auch behauptet, daß diese, von geschiedenen und geschorenen Gottesmännern geleitete, angeblich unpolitische Bewegung in erster Linie der Bekämpfung der Socialdemokratie gilt. Namentlich gilt das von der evangelischen Richtung; aber wenn in den katholischen Gewerkschaften sich neuerdings vielfach eine bessere Einseitigkeit Bahn bricht, so ist das gewiß nicht die Schuld der streitbaren Kaplanen.

Den internationalen Beziehungen der Arbeiter redet A. das Wort, weil jeder Arbeitersinn nur dann durchführbar ist, wenn der ausländischen Konkurrenz die gleichen Beschränkungen auferlegt sind. „Damit ist der internationale Rahmen der Gewerkschaftsbewegung von selbst gegeben.“ A. erkennt an, daß die ersten Beziehungen, die Arbeiter über die Grenzen der einzelnen Industrie-staaten hinaus mit einander in Verbindung zu bringen, von den Socialdemokraten ausgingen. Und so werden auch die allgemeinen Kongresse der „Internationalen Arbeiter-Association“ und die übrigen „Weltkongresse“ der Arbeiter und deren Versammlungen in knapper Form angeführt. Im Anschluß hieran folgt die Schilderung der geringen Anläge internationaler Beziehungen zwischen den einzelnen Berufsorganisationen. Hier beansprucht der Verfasser den „Namen eines Entdeckers unbekannter Gebiete.“ Und man muß in der That zugeben, daß es selbst eingeweihte Kreise einigermaßen überrascht wird, daß es bereits in 23 verschiedenen Berufen internationale Beziehungen angeknüpft worden sind; allerdings sind die Erfolge teilweise recht mäßig.

Der 2. Teil des Werkes umfaßt die Unternehmer-Verhältnisse, soweit diese sich mit den Beziehungen zur Arbeiterschaft befassen. Hier war die Beschaffung des Materials noch weit schwieriger. Die Unternehmer wissen wohl, daß ihr Treiben vielfach das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat. Viele Unternehmer-Verbände geben auf die Anfrage gar keine oder ablehnende Antwort. Gerade die Unternehmer-Verbände sind heutzutage die wahren geheimen Gesellschaften Friedrich Brentano, den St. um Unterstützung bat. In keinem Teile seines Werkes ist das Gesehene soweit hinter dem Gewölk zurückgeblieben, wie hier. Das Gebotene bestätigt alles,

was bisher von den „Antispreibereinen“ bekannt geworden. Aus den Statuten erhellt der ausgesprochene politische Charakter der Vereine; das Vereinsgesetz ist für sie nicht vorhanden, sie treten ungenügend mit einander in Verbindung. Der Organisation gegenüber muß der einzelne Unternehmer fast jede Selbständigkeit aufgeben, er muß Arbeiter auspacken, darf sich mit ihnen nicht einigen, wenn dies den Machthabern der Koalition so gefällt.

Von den deutschen Unternehmer-Verbänden in günstiger Weise unterzogen sind die englischen. In den Statuten der meisten dieser Organisationen sind Verhandlungen mit den Arbeitern und deren Organisationen vorgesehen; einige Verbände haben gewisse Minimal-löhne festgesetzt, wie sie durch die Arbeiterversicherungs-gesetzgebung sich herausbilden.

Das Material ist mit großem Fleiß zusammengetragen und übersichtlich geordnet. In gedrängter Kürze wird Auskunft gegeben über den Zweck und die Ziele der Organisationen, deren Entwicklung, Ausdehnung; vielfach sind Organisationsprogramme, Statuten usw. beigegeben. Das Buch wird daher vielen Socialpolitikern, Arbeiter-freunden, den Gewerkschaftsleitern selbst, ein willkommenes Nachschlagewerk sein.

Der Verfasser hat sich möglichst Objektivität beschafft, was ihm allerdings nicht allzu schwer zu werden brauchte, da er nur Darstellung, keine Kritik gegeben. Innerhalb erkennt man den Arbeiterfreund. Seine Arbeiterfreundlichkeit beschränkt sich allerdings auf die gewerkschaftliche Bewegung. In einem zweiten Bande, der diesem folgen soll, will er das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Socialdemokratie darlegen; er macht sich anheischig, dort den Satz zu begründen: „Die Gewerkschaftsbewegung ist der Todfeind der Socialdemokratie.“

Wir sehen dieser Auseinandersetzung mit ebenso viel Ruhe als Interesse entgegen.

H. P.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Zur Lage der Beamten der Berliner Dreiklassenkassen.

Man schreibt uns: „In Nr. 272 veröffentlicht der „Vorwärts“ einen Artikel „Die Leistungen der Krankenkassen“, der ein erfreuliches Bild der Geschäftslage der Berliner Dreiklassenkassen im Jahre 1898 giebt.

Die Leistungen eines großen Theils der Krankenkassen erjahnen auf verschiedenen Gebieten eine Erweiterung. Demgegenüber ist es von doppeltem Interesse, die Lage der bei den Dreiklassenkassen beschäftigten Personen kennen zu lernen, wozu uns eine Statistik Gelegenheit giebt, welche von der Bezirksgruppe Berlin-Brandenburg des Verbandes der Verwaltungsbeamten aufgenommen wurde.

Aus dieser Statistik ergibt sich, daß zum Teil noch recht niedrige Gehälter bezahlt werden. Sind doch eine Anzahl Klassen vorhanden, deren Mandanten nur bis 1000 M. erhalten, eine Reihe anderer Klassen zahlen 1500 M., 1800 M.; die Mehrzahl der Mandanten ist jedoch mit 2100, 2400, 3000, einige (4) mit über 3000 M. bezahlt. Die übrigen Beamten sind in ihrer Mehrzahl mit 1500 und 1800 Mark bezahlt, nur wenige erhalten ein Gehalt von 2100 M. und 2400 M. Müssen Gehälter von 1500 und 1800 M. für Leute, von denen vielfach qualifizierte geistige Arbeit verlangt wird, schon als niedrige bezeichnet werden, so sollte man es kaum für möglich halten, daß es sogar noch einige Klassen giebt, die ihre Beamten mit 1200 M., 1000 M., eine gar mit 750 M. entlohnen.“

Die Thatsache, daß von den Mandanten also Leute, welchen die Verwaltung des Kassenvermögens anvertraut ist und welche fast allgemein auch noch Kautions zu stellen haben, noch 60 Prozent ein Gehalt von 2100 und weniger, 45 Prozent 1800 und weniger, 22 1/2 Prozent sogar 1500 und weniger beziehen, ist nicht erfindlich. Das ist ebenso traurig wie der Umstand, daß 89 1/2 Prozent der Kassenbeamten 1800 und weniger, 40 Prozent derselben 1500 und weniger und 12 1/2 Proz. 1200 und weniger beziehen; von den Kassenboten und Kranken-Controllanten 50 Proz. 1500 und weniger, 37 1/2 Proz. 1350 und weniger, 30 Proz. 1200 M. und weniger bezahlt erhalten.

In früheren Jahren lebten die Kassenvorstände unter der Gehaltsrückbildung stets mit dem Hinweis auf die unglücklichen Kassenverhältnisse ab, trotzdem bei harter Inanspruchnahme der Kassen durch die Mitglieder an die Arbeitskraft der Beamten erhöhte Anforderungen gestellt wurden. Jetzt, wo sich die Vermögenslage der Kassen durchgängig gebessert hat, erinnern sich die wenigsten Kassenvorstände ihrer Angehörigen und so ist es denn nicht zu verwundern, daß dieselben sich genötigt sehen, zur Verbesserung ihrer Interessen gegenüber den Kassenvorständen zusammenzutreten. Die Kassenbeamten haben eine Lokomotion gewählt, welche folgende Forderungen aufstellt: Anfangsgehalt für Mandant 2400 M. für Kassenbeamte 1800

Das Gehalt wird mit dem Dienstjahre eine angemessene Steigerung zu verfahren hat, eine Minimalarbeitszeit von 8 Monaten und eine Maximal-Arbeitszeit von 8 Stunden zu stellen hat.

Wenn man diese Forderungen vergleicht mit der augenblicklichen Lage der Beamten, so ergibt sich ein reiches Feld der Thätigkeit für die Lokomotion und die Berliner Arbeiterschaft ist sicher nicht damit einverstanden, daß die von ihnen gewählten Delegierten resp. Kassenvorstände als Arbeitgeber in die Fußstapfen der „Mittelschichten“ treten.

Der Ausbruch der Alabaster-Drechsler und Scharferbauer unverändert fort. Arbeitswilige haben sich, außer denjenigen, die von vornherein in den Verhältnissen stehen geblieben sind und den Heber, Kundlich aus dem Holzarbeiter-Verbande, unterdrückt haben, nur wenig gefunden. Berlin kommt eben zur Anwendung von Maschinern nicht der günstigste Boden zu sein. Da die Arbeit jedoch drängt, so haben sich die Unternehmer nach anderswärts gewandt und suchen dort die Pflanz in der Not. Ihr Augenmerk hat sich auf die Großstädte und auf Abzweigungen gerichtet, hienichtlich haben die Herren aber auch dort kein Glück. Das Streikvolontieren wird den ausländischen Alabaster-Arbeitern ganz besonders erschwert. Während die Unternehmer selbst ihre Kosten aufstellen, demgegenüber sie die der Arbeiter der Polizei und lassen ihnen die Befehle der betreffenden Strafe verweigern. Man fängt die Streikposten sogar schon ab, wenn sie ihr Quartier verlassen und verweist auf vollständige Unbereitschaft des Quarantän. Der letzte Ausschuss des Kammergerichtes scheint hier schon seine Wirkung auszuüben. Die Arbeiter sind deshalb zu doppelter Vorsicht verpflichtet.

Alle Anfragen betreffend diesen Streik, sind an Paul Wante, Stralauer Allee 25, zu richten.

Neuwehr-Schluss der Berliner Apotheken. In den Kreisen der hiesigen Apothekenprovisoren ist, nach der Pharm. Ztg. Nr. 95, eine Bewegung im Gange zu Gunsten des Neuwehr-Schlusses der Apotheken. Anlässlich des Reichstags-Verschlusses über obligatorischen Neuwehr-Schluss beabsichtigt man eine Petition, um nicht wieder wie ebendem beim Gesetz über allgemeine Sonntagsruhe von einer wohlthätigen Erneuerung ausgenommen zu werden.

Bei den Wahlen der Vertreter zur Generalversammlung der Dreiklassenkasse der Buchbinder siegte die Liste der Organisierten mit 696 Stimmen. Eine Gegenliste war nicht aufgestellt.

*) Leider sagt uns die Statistik nichts darüber, ob hier nicht etwa solche Personen in Betracht kommen, die im Nebenamt oder nur teilweise durch Kassengehälter in Anspruch genommen sind.

**) Auch hier hätte festgestellt werden müssen, ob es sich um ein für alle mal feststehende Gehälter, oder ob es sich nicht etwa um Anfangsgehälter handelt, die im Laufe der Zeit steigen.
Red. d. „Vorw.“

Achtung, Gewerkschaften Charlottenburgs. Im Januar werden hier die Kassenrollen zum Gewerkegericht vorgekommen. Die Gewerkschaftskommission hat nun eine fünfjährige Kommission gewählt, die sich mit den Vorarbeiten befasst. Da Anfangs Januar die Kandidaten aufgestellt werden, ist es notwendig, daß die einzelnen Berufe spätestens bis zum 27. Dezember ihre Kandidaten nominieren und dem Unterzeichneten Namen und Adresse mitteilen.

Ebenfalls sind dort Listen zur Deckung der Unkosten zu haben. Jeder Kandidat muß gewerkschaftlich und politisch organisiert sein. Der Vertrauensmann hiesiger Gewerkschaften.

J. A.: Friß Wied, Postfach 22, v. II.

Deutsches Reich.

Der Maurerstreik in Dresden hat — wie jetzt in einer Maurerverammlung bekannt gegeben wurde — für die einzelnen Beteiligten insgesamt 24 000 Tage gedauert. Die Gesamteinnahme betrug 59 795,18 M., wovon 23 570,30 M. auf den Central-Streikfonds in Hamburg, 24 669,90 auf den am Orte angefallenen Streikfonds entfielen, während 11 178 M. von den Maurern aufgebracht wurden, die zu den neuen Bedingungen arbeiteten. Die Gesamtausgabe belief sich auf 58 750,13 M., darunter für Fernhaltung des Zuguges — Postenstellen, Agitation nach auswärts etc. — 15 073,69 M. Die hohe Ausgabe für den letzten Posten beweist, eine wie große Rolle bei einem größeren Streik das Herhalten des Zuguges spielt, was man beim Streik seitens der Unternehmer so gern unmöglich machte möchte.

Ausland.

Aus Paris wird gemeldet: Die ausländigen Arbeiter bei der Staats-Tabakfabrik in Rantes, 5000 an der Zahl, organisierten gestern einen Umzug. Sie wollten vor das Präsektorgebäude ziehen und dieselbe manifestieren. Eine Abteilung Kavallerie verhinderte sie daran. Die Demonstranten warfen Steine auf das Militär und verwundeten einen Offizier, worauf der Befehl erteilt wurde, gegen die Menge vorzugehen. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der Krieg.

Die Situation ist unverändert. Wenigstens liegen keinerlei Nachrichten vor, die auf irgendwelche Wendungen des Kampfes deuten. Aus Natal konnten nur Mitteilungen über erheblich zurückliegende Tage. „Morning Post“ veröffentlicht ein Telegramm aus Ladysmith vom 25. November, wonach das Bombardement der Boeren in der letzten Zeit viel mehr Schaden in der Stadt angerichtet hat, als bisher. Das Liverpool-Regiment und der noch vorhandene Rest des Gloucester-Regiments haben gestern 11 Tote und Verwundete gehabt. Es wurden auch mehrere Zivilisten und einige Mann von der Natal-Polizeitruppe getötet und verletzt. Die Stärke der Boeren beträgt wahrscheinlich 10 000 Mann. — Aus Ercourt meldet dasselbe Blatt vom 30. d. M., ein von den Boeren freigelassener Engländer schätzte die Zahl der in Colenso stehenden Boeren auf 15 000 Mann, auch hätten dieselben 15 Geschütze in starken Stellungen. Das Kommando habe General Joubert selbst.

Das englische Kriegsamt veröffentlicht folgendes Telegramm des Kommandanten von Kapstadt: Oberst Kelenich meldet aus Kimberley vom 30. November: Die Polizei des Westsüdafrikanischen Protektorats hat das Boerenlager westlich von der Stadt am 23. November genommen. Mit Kimberley ist vom Robbersluffe aus eine Verbindung durch Scheinwerfer hergestellt.

Wie das Kriegsamt weiter mitteilt, ist das Transportschiff „Zamore“ mit einer Batterie Feldartillerie und einem Teil der 10. Division an Bord am 8. d. M. bei den Felien der St. Helena-Bai auf Grund geraten; die Truppen sind glücklich gelandet, aber die Pferde befanden sich noch an Bord. Die Kriegsschiffe „Doris“ und „Nioche“ und das Transportschiff „Columbian“ leisten der „Zamore“ Hilfe.

London, 4. Dezember. Der größte Teil der Geschütze, welche sich auf dem Transportschiff „Zamore“ befanden, sind in der St. Helena-Bai gelandet. — Die zweite Ausgabe der „Times“ meldet in einem Telegramm aus Modder River Station vom 29. November über den weiteren Verlauf der Schlacht: Die Auffassung der Boeren am Modder River war halbkreisförmig. Die englischen Truppen wurden beim Anmarsche von beiden Seiten unter Feuer genommen. Beim Anbruch der Dämmerung des 28. November gingen ein Teil der 9. Brigade und die Hochländer auf dem äußersten linken Flügel über den Fluß, unter Benutzung eines Mühlenwehres, stromabwärts von der Stelle der Modder Riverbrücke, nach jenseits Stellung. Die Nacht brach herein, ohne daß der Sieg entschieden war, jedoch folgten am morgen des 29. November die Gardes der 9. Brigade, da inzwischen die Stadt geräumt war. Darauf setzte auch der Rest der Truppen über den Fluß.

Das Meuterische Bureau meldet aus Lourenço Marques vom 29. November: Wie das Blatt „Standard and Diggers News“ mitteilt, hat die Regierung von Transvaal den Betrieb der Regie-Gebiete in Johannesburg übernommen, in welcher Bomben und andere Geschosse hergestellt werden. Drehbare Lafetten für die schweren Geschütze der Boeren sind am letzten Montag nach der Front abgegangen.

Verwundete Engländer auf der Seinfahrt.

Lad Palmas (Gonarrische Inseln), 2. Dezember. Einer von den auf dem Dampfer „Enmotra“ hier eingetroffenen verwundeten Offizieren sprach sich über die **Schwierigkeiten des südafrikanischen Krieges** aus, die sich sowohl aus den Hindernissen, die das Terrain bietet, ergaben, wie aus der von den Boeren befolgte Taktik. Die Verluste auf beiden Seiten seien groß; diejenigen der Engländer seien jedoch bedeutendere als die der Boeren.

Lezte Meldungen.

London, 4. Dezember. „Daily Chronicle“ veröffentlicht in seiner heutigen Abendausgabe ein Telegramm über den **Kampf am Modder River**. Dem Korrespondenten zufolge betrug die Zahl der Boeren 10 000. Sie waren gut verschanzt und verfügten über zahlreiche Kräfte. Die englischen Truppen bestanden aus 8 1/2 Bataillonen Infanterie, dem 9. Lanzenreiter-Regiment und 8 Batterien. Die Boeren schossen mit der größten Treffsicherheit auf die vordringende englische Infanterie, welche unbeschreibliche Verluste aufzuweisen hatte. Die Hochländer verlustigten mehrmals, den Fluß zu über-schreiten, wurden aber jedesmal durch das mörderische Feuer der Boeren zurückgeworfen. Die Ansicht im Generalstabe ist, daß niemals bei einer Schlacht die englischen Truppen einem so mörderischen Feuer ausgesetzt waren, wie bei diesem Angriff. Bis zum Einbruch der Nacht dauerte der Kampf. Die Boeren zogen sich sodann mit ihrer Artillerie zurück.

London, 4. Dezember. Nachrichten aus Kapstadt zufolge hätten sich im Bezirk von Wertenstat 2300 Mann den Boeren angeschlossen. Die Warnungsbroschüre des Generals Buller wurde heruntergerissen und mit Füßen getreten. Man nimmt an, daß sich nunmehr sämtliche Afrikaner gegen die Engländer erheben werden.

London, 4. Dezember. Große Menschenmengen, welche sich vor dem Kriegsamte angeammelt hatten, zogen entrisst ab, als der Beamte des Kriegsamtes die Mitteilung machte, daß keine Nachrichten vom Kriegshauptquartier eingegangen seien.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Caracas, 3. Dezember. (W. Z. V.) Maracaibo ist in die Hände der Aufständischen unter Hernandez gefallen.

Rio de Janeiro, 3. Dezember. (W. Z. V.) Nach amtlich veröffentlichtem Gesetz sind vom 1. Januar 1900 an von allen Einfuhr-zöllen 15 Proz., anstatt 10 Proz. wie bisher, in Gold zu zahlen. Der Zolltarif hat verschiedene Änderungen erfahren. Alle zur Einfuhr in Brasilien bestimmten Warensendungen müssen vom 1. Januar n. J. ab von Konsulats-Patenten begleitet sein.

Ein Weihnachtsgeschenk für unsere Leser. Bilden die von uns bereits angekündigten Porträts von Marx und Engels. Ausprägungen aus chinesischem Papier. Blattgröße 30x52, Kartongröße 35x55 cm.

Vorzugspreise von 5 M. pro Paar zu liefern; dieselben stehen in unserer Expedition zur Ansicht aus, ebenso geschmackvolle Rahmen zu billigen Preisen.

Den Parteigenossen des ersten Reichstags-Wahlkreises die Mitteilung, daß am nächsten Sonntagabend 6 Uhr in Cohns Festsaal, Deutschstraße, eine Versammlung stattfindet.

Socialdemokratischer Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis. Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr, findet Friedrichstraße 236 eine öffentliche Versammlung statt.

Die Straßencleanings-Gilfsarbeiter werden belämmlich nur im Winter bei starken und anhaltenden Schneefällen eingesetzt, wenn das ständige Arbeitspersonal der Straßencleanings durch die Schneebeseitigung vermindert.

Die Berliner Unfälle sind im Monat November dieses Jahres in 3168 Fällen gegen 2000 im gleichen Monat des Vorjahres für erste Hilfe in Anspruch genommen worden.

Die Kinderarbeit schreibt die „Preussische Lehrer-Zeitung“: „Es ist ein beklagenswerter Zustand, daß man in Berlin bei der Beleuchtung der Frage des Verbots bezw. der Einschränkung gewerblicher Kinderarbeit auf das Material von Niddorf, Charlottenburg und vielleicht noch 30 anderer Städte zurückgreifen muß.“

Der Feinungsverleger Herr Leopold Ullstein ist in der Nacht zum Montag am Herzschlag gestorben. Herr Ullstein ist 73 Jahre alt geworden; er hinterläßt fünf Söhne, welche die Unternehmung ihres Vaters fortführen werden.

Endlich! Aus dem Rathaus wird berichtet: Die Schnittbarade auf dem Rieselgute Buch enthält nicht geeignete Schlafplätze für die Arbeiter. Der Magistrat beabsichtigt daher, die Barade entsprechend umzubauen.

Magistratssekretär Apth, der wegen Unterbringung amtlicher Gelder polizeilich verfolgt wurde, ist am Sonnabendabend verhaftet worden. Apth, der wegen zahlreicher Unterschlagungen verfolgt wurde, hat sich freiwillig der Verhörde gestellt.

Neues Gymnasium. Die zu diesem Zwecke eingesetzte Magistratskommission hat beschlossen, bei dem Magistrat zu beantragen, daß in Moabit nahe dem Hansaviertel ein Volksgymnasium, unter Verlegung des Friedrich Werder'schen Gymnasiums an diese Stelle errichtet wird.

Postdiebstahl auf Postämtern. Vor Weihnachten, wenn der Andrang zu den Post-Annahmestellen der Post wächst, pflegen sich auch die Postdiebstahl in den Vorräumen der Postämter zu mehren.

Das Museum für Völkerkunde wird eine interessante Bereicherung erhalten. Gelegentlich der Ausfuhrung von Erdarbeiten in der Gegend von Moskau fanden die Arbeiter einen großen Steinhaufen, welcher mit 470 Halbergroßen Gold- und Silbermünzen feinerer Jahrhunderte angefüllt war.

Der verschwundene Bedner. Ein eigenartliches Mißgeschick widerfuhr am Sonnabend der Gesellschaft für Erdkunde. Als zweiter Teil des Abends war ein Vortrag eines Herrn Hanson über Wandernagen auf Island angefüllt.

Die Modernen-Brüde ist gestern vormittag dem Verkehr übergeben worden. Die vollständige Fertigstellung der Brücke wird allerdings noch einige Zeit beanspruchen.

1004 Ratten sind in den beiden Central-Markthallen in einem einzigen Jahre von dem Kammerjäger zur Strecke gebracht worden. Die Rattenjagd in den Markthallen wird seit einiger Zeit mit Hundens- und Terriers- und Hühnerhaken betrieben.

Aus der elektrischen Straßenbahn ist Montagvormittag ein Droschkenfahrer Hofmann, der Führer der Logometrodroschke 8800 schwer verunglückt. Hofmann hielt mit seinem Wagen in der Französischenstraße an der Friedrichstraße.

Die Arbeiter der Straßenbahn sind in der Nacht zum Montag am Herzschlag gestorben. Herr Ullstein ist 73 Jahre alt geworden; er hinterläßt fünf Söhne, welche die Unternehmung ihres Vaters fortführen werden.

Die Arbeiter der Straßenbahn sind in der Nacht zum Montag am Herzschlag gestorben. Herr Ullstein ist 73 Jahre alt geworden; er hinterläßt fünf Söhne, welche die Unternehmung ihres Vaters fortführen werden.

Diehmannstraße und gab abermals einen Schuß auf seinen Verfolger ab, der besser traf, da die Kugel diesem in die rechte Schulter drang. Der Revolverhieb wurde von Schulleuten festgehalten.

Bücherdiebstahl in der Universitätsbibliothek. Aus dem Lesesaal der Universität zu Berlin wurden gestohlen: Rom 23. 10. bis 10. 11. 99: Ullmann, Zeitliches Wörterbuch, Teil I, 1672; Kesselmann, Wörterbuch der Itauischen Sprache, 1851; Kutsch, Wörterbuch der Itauischen Sprache, I, 1870.

Zwei zum Glück ungefährliche Theaterbrände haben die Feuerwehr in diesen Tagen beschäftigt. Sonntagabend 9 1/2 Uhr wurde die Wehr nach dem „Kean“ Palaß gerufen.

Ein verlassenes Kind. Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 15. November nachmittags hat eine mit grünem Rock, schwarzem Hut und Schleier bekleidete Frau im Vorlesaal des hiesigen Anhalter Bahnhofes einen etwa 1 1/2-jährigen Knaben zurückgelassen.

Auf Leichnam ist der Selbstmord des Studenten Edgar Reuland zurückzuführen, der sich am Sonnabendabend in den „Mufenhallen“ des Gastwirts Kaldhörn in der Kronenstraße 6 erschossen hat.

Ein Opfer des Alkohols ist der 15 Jahre alte Arbeiter Eduard Z. aus der Tegelerstraße geworden. Der junge Mann war in der Nacht zum Sonntag spät nach Hause gekommen.

Auf der Straße vom Tode ereilt wurde am Sonntag nachmittag um 3 Uhr der 60 Jahre alte Postkassierer Ludwig Schenk auf der Dunderstraße.

Unglückliche Liebe hat den 21 Jahre alten Stefan Mahlyter aus der Wallnertheaterstraße 18 dazu getrieben, sich mit einem Messer den Hals zu durchschneiden.

Internationale Urania. Von Herrn Dr. Wilhelm Meyer geht uns die Mitteilung zu, daß vor wenigen Tagen die wissenschaftliche Theatergesellschaft „Internationale Urania“ begründet worden ist.

Orgelkonzert. Frau Käthe Kadow, Frau Anna Gerber, Frau Offen Bogler-Vorwogel, der Violinist Herr Alfred Barisch und der Organist Herr Genter unterrichten den Orgelchor, welcher Mittwoch, den 6. Dezember, mittags 12 Uhr, bei seinem Entree vom Musikdirektor Otto Dienel in der Marienstraße gehalten wird.

Theater. Das Schiller-Theater bringt heute die Komödie „Die Negerin“, Schauspiel in 4 Aufzügen nach Rourad Ferdinand Meyer von Roman Boerner.

Stichwahl in Spandau. Parteigenossen! Die am Donnerstag beginnende Stichwahl für die dritte Abteilung zur Stadtverordneten-Versammlung muß jedes wohlberechtigten Arbeiter veranlassen, in erhöhtem Maße als bei der Hauptwahl seine Schuldigkeit zu thun.

Gegner aus eigener Kraft etwas zu erreichen. Darum, Arbeiter, heißt es jetzt: Auf zum neuen Kampfe! Auf zum neuen Siege!

Der socialdemokratische Verein zu Wilmsdorf hält Mittwochabend 8 Uhr bei Witte, Berlinerstr. 49, eine Versammlung ab, in der die Kommunal- und Gewerbeverordnungen auf der Tagesordnung stehen. Die wichtige Tagesordnung erfordert zahlreiches Erscheinen.

Treptow - Baumfäulenweg. Mittwoch hält der socialdemokratische Verein "Vorwärts" seine Versammlung bei Stuffedel, Baumfäulenstr. 84/85 ab.

Rixdorf. Der Magistrat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem Antrage des Handlungsgehilfen-Verbandes, durch ein Ortsstatut die Sonntagsruhe zu erweitern. Nach der üblichen Prüfung der einschlägigen Verhältnisse ist der Magistrat zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein Antrag, dem Gesetze zu entsprechen, nicht vorliege. Die Antwort soll demgemäß eine ablehnende sein.

Wegen der erheblichen Ueberbürdung des Armen-etats, die besonders auf eine vermehrte Krankenhausbehandlung zurückzuführen ist, soll in nächster Zeit eine gemeinliche Sitzung der Armenkommissionen, der Armendeputation, der Deputation für die Pflege-Anstalten, der Armenärzte und des Magistrats stattfinden. In der Sitzung soll die Frage erörtert werden, in welcher Weise dem ungewöhnlichen Anstehen des Armen-etats vorgebeugt werden könne.

In das Kuratorium für die kaufmännische und gewerbliche Fortbildungsschule für Frauen und Mädchen wurden aus dem Magistratskollegium die Stadträte Legle und Thiemann als Mitglieder delegiert. Den Vorsitz wird Herr Thiemann übernehmen.

In der letzten Stadtverordneten-Sitzung hatte der Magistrat wegen finanzieller Bedenken seinen Antrag auf Erweiterung der Krankenanstalt durch Anfügen einer Döderische Barade vorläufig zurückgezogen. Der Magistrat hat nunmehr beschlossen, zunächst festzustellen, ob und eventuell in welchem Umfang das Armenhaus für die Behandlung von Kranken nutzbar gemacht werden könne.

Bürgermeister Voigt wurde beauftragt, bei der Eisenbahnverwaltung im Sinne eines Beschlusses der Stadtverordneten um die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf der Stadt- und Ringbahn, besonders für die Früh- und Abendstunden, einzukommen.

In die gemischte Kommission, welche die Frage erörtern soll, wie die Müllabfuhr für die Zukunft zu regeln sei, delegierte der Magistrat den Bürgermeister Voigt und die Stadträte Wörner, D. Riemey und Thiemann. Die Kommission soll unter anderem auch erwägen, ob nicht die Uebernahme der Müllabfuhr in städtische Regie nützlich und angebracht sei. Ihre Entscheidung und ihre Vorschläge dürfen also nicht ohne principielle Bedeutung sein.

Der Plan einer Eingemeindung Friedenau in Schöneberg ist trotz der entschiedenen Verhinderung, die er nützlich im Interesse des Kreises Teltow durch den Landrat Stubenrauch erfahren hat, und auch trotz des der Sache so ungünstigen Gutachtens des Kreisstadts noch keineswegs fallen gelassen worden, sondern wird in Friedenau selbst mit aller Bestimmtheit weiterverfolgt. Unmittelbar nachdem der Kreisrat getrocknet hatte, sind einige Vertreter der Gemeinde Friedenau beim Oberpräsidenten gewesen, um dessen Meinung über die Angelegenheit zu hören. Da aber der Oberpräsident erklärte, daß er mit der Sache noch nicht vertraut sei, wird von den Friedenauer Vertretern eine Audienz beim Minister des Innern nachgesucht werden. Groß wird der Nutzen dieser Schritte nicht sein.

Zwei Röcher mit Pfeilen aus wendischer Zeit sind bei Abtragung der Ardenberge in der Nähe von Karlsdorf von Arbeitern gefunden worden. Einer davon, der aus Holz war, wurde durch unvorsichtige Handhabung samt seinem Inhalt zerbrochen. Der andere Röcher besteht aus einem etwa einen halben Meter langen Lederbeutel, der noch ziemlich gut erhalten ist. Darin befanden sich ungefähr ein Duzend Pfeile. Die Pfeilspitzen, deren Widerhalten von verschiedener Länge sind, haben von dem Roste wenig gelitten. Die Schäfte sind aus Holz. Am dem unteren Ende befinden sich einige Federn. Der Fund dürfte dem Märkischen Museum übermittelbar werden.

Unter dem schweren Verdachte, den Mordanschlag gegen seinen früheren Prinzipal, den Direktor Gerling von der Aktiengesellschaft Gladenbeck zu Friedrichshagen, begangen zu haben, war der Partier Dosemann derzeit verhaftet worden. Wie erinnerlich sein wird, wurde auf den Direktor ein Schuß durchs Fenster abgefeuert, der zum Glück das Ziel verfehlte. Gestern ist Dosemann nun, der dem Rechtsanwalt Bronner seine Verteidigung übertragen hatte, wieder auf freien Fuß gesetzt und das Verfahren gegen ihn mangels Beweises eingestellt worden.

Rummelsburg. Der Kutscher der Mehl-Engrosfirma Gutschow aus der Friedrichstraße, Carl Schiller, hatte am Sonntag die Kundschaft in Rummelsburg zu bedienen. Gegen 2 Uhr nachmittags langte er bei dem Kaufmann Kalisch, Türckstraße an. Bei dem Besuche, einen Sad Mehl vom Wagen zu nehmen, entfiel ihm derselbe und ging entzwei, so daß der Inhalt auf dem Bürgersteig umher zerstreut wurde. Als der im Nebenhaus wohnende Gendarm Freibe den Sach zur Rede stellte, soll sich Sch. in beleidigenden Ausdrücken dem Beamten gegenüber ergangen haben, so daß der Gendarm ihn anforderte, nach dem Amte mitzukommen. Sch. weigerte sich, der Aufforderung Folge zu leisten, und als ihn der Beamte anfuhrte, setzte er diesem thätigen Widerstand entgegen. Freibe ließ nun durch seine Frau einen zweiten Gendarmen herbeiholen. Der vereinten Kräfte der Beamten gelang es nicht, den Kutscher in Haft zu bringen. Darauf zog die Beamten blank, machten Sch. durch Sädelhiebe kampfunfähig und brachten ihn dann nach dem Amte, wo er von Dr. Vanselow schwer verletzt verbunden wurde. Abends 6 Uhr ist Sch. entlassen worden.

Ein blutiges Liebesdrama hat sich auf dem Schloß Lundenow, dem Rittergute des Rittmeisters von Cerven, nahe Straussee, abgepielt. Der Wirtschaftsbeamte und Förster August Schieber hat dort seine frühere Verlobte, Grete Plehn erschossen und sich dann selbst den Tod gegeben. Ueber das Motiv zur That verlautet, daß das Mädchen, welches Verwandte in Charlottenburg besitzt, den Mann in Berlin kennen lernte, sich aber später von ihm löste. Schieber, der ein leidenschaftliches Leben führte, konnte die Aufhebung des Verhältnisses nicht verschmerzen und hat aus Eifersucht die entsetzliche That begangen, nachdem er eine ihm zugefallene Erbschaft von 500 Mark verjubelt hatte. Von anderer Seite wird folgende Darstellung des Vorgangs gegeben: In Abwesenheit des Besitzers Herr v. Cerven, der in Berlin wohnt, erschien auf dem Gutshofe ein Herr, welcher zu der erst seit einigen Wochen dort thätigen Erziehern geführt zu werden wünschte. Ein Diener brachte den Fremden nach dem Zimmer. Bald darauf wurden die Schlossbewohner durch mehrere Schüsse erschreckt. Man eilte hinzu, erbrach die von innen verschlossene Thür und fand sowohl die Erzieherin, als auch deren Besucher als Leichen. Aus einem von den Lebendigen hinterlassenen Schreiben ging hervor, daß die Eltern des Mädchens zu einer Heirat mit dem Geliebten ihre Zustimmung verweigerten. Nach dieser Darstellung würde also die That mit der Einwilligung des Mädchens geschehen sein.

Spandan. In der Nacht von Sonntag zum Montag brannte hier der Tanzsaal von Rosa in der Feldstraße in ganz kurzer Zeit vollständig nieder. Der gewaltige Feuerchein war weilenweit im Umkreise zu sehen. Den Aufstrebungen der freiwilligen und der ebenfalls auf der Brandstätte erschienenen Garnison-Feuerwehr gelang es, das stark gefährdete Wohnhaus zu retten. Ueber die Entstehungsurache des Feuers ist noch nichts bekannt geworden.

Soziales.

Unter dem Titel **"Gewerbe und Handel im Deutschen Reich"** veröffentlicht das Kaiserliche Statistische Amt jetzt die Ergebnisse der Betriebszählung vom 14. Juni 1895 in textlicher Bearbeitung. Mit dieser Veröffentlichung ist die Bearbeitung der Berufs- und Gewerbezahlungen von 1895 abgeschlossen. Das ganze Werk dieser Zählung umfaßt jetzt 18 Bände.

Die Erkrankungen und Todesfälle an Krebs haben im Laufe der letzten Jahre erheblich zugenommen. Wie die Königl. Allg. Ztg. vermerkt, ist die preussische Medizinalverwaltung bemüht, vor allem den Ursachen nachzuforschen, auf welchen die zunehmende Verbreitung der Krebskrankheit beruht. Auf Veranlassung des Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten sollen durch die zuständigen Behörden und Medizinalbeamten im gesamten Staatsgebiete möglichst genaue Erhebungen über die im letzten Jahrzehnt beobachteten Erkrankungen und Todesfälle an Krebs angestellt werden, welche sich namentlich auch auf etwaige Fälle von Anstehung oder Vereiterung der Krebskrankheit zu erstrecken haben. Erwünscht ist jede Mitteilung über etwaige Entstehungsurachen der Krankheit sowie über etwaige Unterschiede ihres Vorkommens in Städten bezw. auf dem Lande sowie über ein gehäuftes Vorkommen in bestimmten Gegenden. Geltingt es, was dringend zu wünschen ist, über diese Fragen nähere Aufschlüsse zu erhalten, so werden sich hoffentlich auch Mittel und Wege finden, um der drohenden Gefahr wirksamer als bisher zu begegnen.

Die Lungenheilstätte des Berlin-brandenburgischen Heilstättenvereins in Belgis ist nunmehr, wie auf der vorjährigen Generalversammlung dieses Vereins mitgeteilt wurde, in Bau und Einrichtung vollendet. Als dirigierender Arzt ist der Dr. Möller, der mehrere Jahre in Gröbersdorf thätig war, engagiert worden. Der Verpflegungssatz ist auf 3,50 M. per Tag festgesetzt. Das Institut soll neben der Krankenpflege auch wissenschaftlichen Zwecken dienen.

Sociale Rechtspflege.

Formelles und tatsächliches Engagement. Der Bäckermeister Brandt, ein Anfänger, hatte zu dem Stellenermittler Kraffad gesagt, er wolle ihm einen thätigen Werkmeister für 10 M. und Kost und Logis besorgen, und warte sollte die Stellung am 31. August angetreten werden und Kündigung ausgeschlossen sein. Kraffad schickte Herrn Brandt am 24. August den Werkmeister S., der dann mit Brandt sofort und auch am nächsten Tage gewisse vorbereitende Arbeiten für den noch nicht vollständig eingerichteten Bäckereibetrieb erledigte. Dann blieb S. wieder zu Hause, um am 31. August den Bäckereibetrieb bei Brandt zu übernehmen. Der Meister beschäftigte ihn nunmehr jedoch nicht, da ihm inzwischen nahegelegt worden war, daß es nicht gut sei, einen verheirateten Familienvater in einer Bäckerei zu haben. S. verklagte darauf Brandt beim Gewerbegericht und verlangte eine Entschädigung. Brandt machte dagegen geltend, daß er mit dem Kläger ja noch gar nicht über die Stellung verabredet hatte. Im übrigen habe die Kündigung ausgeschlossen sein sollen. Der Beklagte wurde indessen zur Zahlung von 30,25 Mark mit folgender Begründung verurteilt: Das Kraffad als Bevollmächtigter des Beklagten für diesen gethan habe, binde ihn. Der Kläger sei demnach für den 31. August unter Ansicht der Kündigungsfrist engagiert worden. Am habe ihn aber Brandt bereits am 24. und 25. August beschäftigt. Daran sei zu entnehmen, daß er S. schon am 24. eingestellt habe. Beklagter sei deshalb verpflichtet, S. nicht nur für die beiden Tage, wo er etwas geleistet habe, sondern auch für die folgenden Tage bis zum 31. August Lohn zu zahlen. Für diese Zeit habe das durch Kraffad vermittelte Engagement mit seinen Bedingungen, also auch der Kündigungsaußschluß, noch keine rechtliche Wirkung, denn danach hätte S. am 31. August die Stellung antreten sollen. Da ihn der Beklagte vorher einstellte, so hätte er für die Zeit bis zum 31. August besondere Abmachungen treffen müssen, wenn er auch in dieser Zeit freie Hand haben wollte.

Versammlungen.

Heber Streik und Lohnbewegungen in der Metallindustrie sprach Rätcher am Sonntag in einer außerordentlichen Generalversammlung der hiesigen Zählstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Der Redner unterzog die von den Berliner Metallarbeitern in den letzten Monaten geführten Lohnbewegungen einer eingehenden Betrachtung und kam am Schluß seines Referats zu der aus dem Verlauf des Streiks gezogenen Hauptanwendung: Man müsse bei den Lohnkämpfen mit möglichster Vorsicht zu Werke gehen und Forderungen nur dann stellen, wenn Aussicht vorhanden sei, daß sie auch durchgeführt und erhalten werden können. Die Erfahrung habe gelehrt, daß Streiks von übermäßig langer Dauer für die Arbeiter nicht von Nutzen seien, denn solche Streiks haben nicht nur die wirtschaftliche Schädigung der daran beteiligten Arbeiter zur Folge, sondern die vom Streik betroffenen Betriebe blieben auch den organisierten Arbeitern für lange Zeit ganz unzugänglich. So komme darauf an, die Kollegen so zu disciplinieren, daß sie bereit sind, einen Streik, der gewisse Zeit gedauert hat und seine Aussicht mehr bietet, zu beenden, um dann bei passender Gelegenheit auf neue vorzugehen, und dies so lange zu wiederholen, bis die gestellten Forderungen durchgeführt sind. Diese Taktik sei die einzige, welche in den Lohnbewegungen, die sich in der Metallindustrie mehr und mehr zu Massenkämpfen entwickelten, Erfolg verspreche. — Die Diskussion drehte sich ausschließlich um den Streik bei der Firma Altmann, der schon verschiedene Male den Streikenden mit Hilfe der Metallarbeiter-Gewerkschaft veranlaßte Versammlungen beschäftigt hat. Während in jenen Versammlungen die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes, weil sie auf Grund des Statuts den Streik nicht bewilligt hat, von Streikenden und Gewerkschaftsmitgliedern heftig angegriffen wurde, machte sich in dieser Generalversammlung keine ernste Opposition gegen den Beschluß der Ortsverwaltung bemerkbar. In der Debatte wurde auch die in den vorerwähnten Versammlungen aufgestellte Behauptung, vom Bureau des Metallarbeiterverbandes seien Streikbrecher nach der Altmannschen Fabrik geschickt worden, durch die unmittelbar beteiligten Kollegen als gänzlich unzutreffend festgestellt. Ein Antrag, die nicht vollberechtigten Streikenden, welche noch keine Unterstützung erhalten haben, weiter zu unterstützen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. — In der Angelegenheit Liffin wurde ein Schiedsgericht von neun Personen eingesetzt. Auf Liffins Wunsch konstituierte Rätcher, daß ein umlaufendes Gerücht, wonach Liffin vom Metallarbeiter-Verband Geld zur Einrichtung eines Geschäfts erhalten haben soll, unwahr ist.

Die Droschkenkutscher hielten in der vergangenen Woche wieder eine öffentliche Versammlung ab. Diefelbe fand im Stechertischen Saale, Andreasstr. 21, statt. Zunächst referierte Stadtverordneter Adolf Hoffmann über das Thema: "Worauf wir Holz sind", worauf Hermann Schulz in längeren Ausführungen das demunziatorische Vorgehen einzelner Droschkenbesitzer gegen die Taxameterkutscher und die Stellung der Kutscher hierzu behandelte. Folgende Resolution wurde hierzu beschlossen:

Die Versammlung beschließt: Das Bureau der heutigen Versammlung wird mit Bezug auf das in letzter Zeit von einem Teile der Droschkenkutscher beliebte Demunzieren der Kutscher wegen nicht rechtzeitigen Einhaltens des Fahrpreisanzeigers auf Tage II an der Weichbildgrenze beauftragt, eine Eingabe an das Polizeipräsidium zu richten dahingehend, die Weichbildgrenze und mit dieser die Tage II für Taxameterdroschkenfahrten gänzlich aufzuheben und zwar aus folgenden Gründen: Es ist ausgeschlossen, daß bei dem immer engeren Verwaschen Berlins mit den Vororten es einem Droschkenkutscher oder selbstfahrenden Fuhrherrn geben kann, der überall mit Sicherheit genau weiß, wo die Weichbildgrenze ihren Anfang nimmt. Diese Behauptung wird dadurch

erhärtet, daß auch verschiedene Fuhrherren demunziert worden sind, welche sich doch selber schädigen würden, wenn sie absichtlich zu spät den Fahrpreisanzeiger auf Tage II (Weichbildgrenze) einschalteten. Damit ist auch die Behauptung der demunzierenden Droschkenkutscher, die Kutscher hätten es nur auf Verlangen der Fuhrherren abgesehen, hinfällig geworden. Da im nächsten Jahre wieder neue Begemeiner zur Ausgabe gelangen dürfen, so wird es jetzt noch zeitig genug sein, diese Abänderungen vorzunehmen. Da ferner der Droschkerverkehr nach den Vororten ein immer regerer wird, so erscheint es die Verkehrsverhältnisse im allgemeinen wie der Zeitgeist im besonderen, daß auch hier eine Verbilligung des Fahrpreises eintrete. — Zum Schluß wurde von Liffänder an die Kutscherheit die Aufforderung gerichtet, dafür Sorge zu tragen, daß die Hofvertrauensmänner, welche abgegangen oder entlassen worden sind, wieder ersetzt werden. Von 124 gemeldeten Höfen hätten nur noch 98 Vertrauensmänner.

Bund der Deutschen Bodereformer. Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr: Jährlicher Heinrich Freese: "Aus der Praxis und der Theorie der Gemeindegliederung".

Konsum-Gesellschaft Moabit. Dienstag, den 5. Dezbr., abends 8 1/2 Uhr: Versammlung bei Gumbach, Waldenstr. 23/24. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen.

Versammlung der Krankenkassen, Verbände und Verwaltungsbeamten Berlins Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in "Lohns Heilshaus", Zeugnis 19/20. Tagesordnung: 1. Bericht über den Verbandstag der Krankenkassen in Hannover. 2. Bericht über den Landeskongress der Krankenkassen in Hamm. 3. Bericht über die Sparten-Untersuchung. 4. Diskussion über die Dr. Landmannsche Broschüre. 5. Verschiedenes.

Nummernberg. Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Weigels, Türckstraße Nr. 45, eine Gemeindegliederungs-Versammlung statt. Gemeindegliederer Genosse Ritter wird Bericht über seine Thätigkeit im Gemeindegliederungs- und die Ursachen erklären, welche den Rückgang unserer Gemeinde veranlassen. Die Genossen werden gebeten, für regen Besuch dieser Versammlung auch in blätternen Kreisen zu agitieren.

Vermischtes.

Drei Arbeiter getötet. Durch einen vorzeitig losgegangenen Dynamitschuh bei Selbstsprengungen in Buchberg bei Hohentauern in Niederbayern wurden drei Arbeiter getötet; außerdem erlitten noch drei andere Arbeiter Verletzungen.

Elf Menschen tot gefahren. Ein großer Wagen, auf welchem sich zwölf von einer hochzeit heimkehrende Landente befanden, wurde, als er über das Bahngelände fuhr, etwa eine Meile von Smolenst von einem Güterzuge erfasst und zermalmt. Zehn Wageninsassen und der Fuhrmann blieben auf der Stelle tot. Die Barriere soll nicht rechtzeitig geschlossen worden sein.

Der Geheimpolizei von Maricelle ist es, wie man von dort berichtet, gelungen, am Sonntagabend zwei Italiener, Brüder, zu verhaften, in deren Besitz für mehr als 100.000 französische Obligationen gefunden wurden, die von Einbrüchen herriehren. Die weiteren Nachforschungen ergaben, daß die beiden Verhafteten Mitglieder einer angesehenen Verbände in der Stadt sind, zu der alle Nationen Elemente geliefert zu haben scheinen. Am selben Abend wurde noch in der Vorstadt Saint-Henri eine dritte Verhaftung mit Handhabung vorgenommen, bei der ungeheure Summen von gestohlenen Wertpapieren, ferner Massen von Edelsteinen, Goldsachen usw. zu Tage gefördert wurden. Eine große Anzahl weiterer Verhaftungen stehen unmittelbar bevor.

Ein furchtbarer Orkan wüthete zwei Tage lang im Gouvernement Kinsl. In vielen Ortschaften wurden Wohnhäuser vom Sturm niedergebissen oder abgedeckt, in Wäldern sogar alte Bäume entwurzelt. Die Verwüstungen haben einen großen Umfang angenommen und der materielle Schaden ist enorm. In den eingestürzten Häusern sind nach bisheriger Ermittlung gegen 35 Menschen ums Leben gekommen.

Rechenraub. Aus Oberhausen wird berichtet: Sonntagabend zerstörte ein Schandfeuer des Schächelgebäude und die Verladeeinrichtung vom Schacht 1 der Zeche „Concordia“. Es gelang, den Schacht einzunehmen, so daß das Feuer nicht in den Schacht hineingriff, dagegen sind zwei Förderförder gestürzt, ein Teil der Wäsche ist angebrannt; da indessen die Betriebsmaschinen sowie die Wäsche- und Seilzähnen unberührt blieben, kann die Wiederinbetriebung der Wäsche in verhältnismäßig kurzer Zeit erfolgen. Das Wasserhaltungs-Maschinengebäude ist gänzlich ausgebrannt, die Maschinen selbst sind nicht unberührt geblieben. Die Wasser beider Schächte können jedoch auf Schacht 2 gehoben werden. Die große und kleine Fördermaschine sowie der Ventilator sind intakt, desgleichen die Dampfmaschine. Wie lange die Förderunterbrechung auf Schacht 1 dauert, läßt sich noch nicht sagen.

Direkte Bahn von Neapel auf den Vesuv. Wie aus Neapel gemeldet wird, hat das Haus Cook u. Sohn in London die Konzession erhalten, von der Stadt Neapel aus eine Bahn direkt auf den Vesuv zu bauen. Man wird also künftig nicht mehr gezwungen sein, ein paar Stunden in einem Omnibus zur Drahtseilbahn zu fahren, um dann erst auf den Vesuv zu gelangen.

Marktpreise von Berlin am 2. Dezember 1899
nach Ermittlungen des fgl. Statistischen Büros.

Ware	Preis	Ware	Preis	Ware	Preis
Polen	14,70	13,90	Schweinefleisch 1 kg	1,60	1,10
*) Mehl	14,30	13,50	Rindfleisch	1,80	1,10
*) Winterweizen	13,90	12,90	Hammelfleisch	1,60	1,10
*) Gerst gut	14,00	14,30	Butter	2,80	2,00
*) mittel	14,20	14,50	Hier	60 Stk	6,00
*) gering	13,40	12,80	Käse	1 kg	2,20
*) Buchweizen	4,00	3,65	Hefe	3,80	1,40
*) Hafer	6,80	4,20	Janbe	2,50	1,10
*) Weizen	40,00	25,00	Decke	1,80	1,10
*) Weizenroh	30,00	25,00	Beide	1,60	0,80
*) Weizen	70,00	30,00	Speise	2,80	1,40
*) Kartoffeln, neue	7,00	5,00	Reise	1,20	0,80
*) Rindfleisch, Rente 1 kg	1,70	1,30	Reise	per Schod	12,00
*) do. Wachs	1,20	1,00			

*) Quantität pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Referatshalle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppelcentner. *) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 4. Dezember. Heute befandete der Getreidemarkt seine einheitliche Tendenz. Weizen zeigte auf hohes argentinisches Angebot, welches zum Beschluß einer Dampferladung nach hier führte, sowie auf hohes Rohamerica 0,50 M. niedriger als Sonnabend ein, erholte sich jedoch mittags unter dem Einfluß einer sehr heftigen Regensturm und erreichte auch seinen vorgeführten Preisstand wieder. — Roggen zog auf Deckungen höherer Mähen, denen die geringen Vorräte limitierend entgegenstanden, um Reichtum 1 M. mittags noch um weitere 0,50 M. an. Hafer blieb lustlos, eher schwach, Rabbl fest. Spiritus. Am Spiritusmarkt wurde Wer mit 47,60 gehandelt. Termine lagen ungelöst. Kartoffelfabrikate. Früchte Kartoffelfabrikate 10,30 M. In keine Kartoffelfabrikate bisponibel und Dezember-Januar 19,25—19,50 M. In Stärke und Mehl, Mittel, Qualität 18,50 M. per 100 Kilogramm. Eier. Bericht vom 4. Dezember. Normale Eier je nach Qualität von 3,70—4,00 M. per Schod. Aufbereitete kleine Ware je nach Qualität von 2,75—2,85 M. per Schod. Kalkerei je nach Qualität von 3,25—3,40 M. per Schod. Tendenz: ziemlich fest.

Witterungsübersicht vom 4. Dezember 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer			Wetter	Temp. u. G. in C.
	Barometer	Wind	Witterung		
Enlente	708	SW	3 bedekt	1	10
Danzburg	708	SW	2 bedekt	1	10
Berlin	771	SW	2 bedekt	0	10
Wiesbaden	773	R	2 bedekt	0	10
München	774	R	2 bedekt	0	10
Wien	774	SW	2 wolkenl.	0	10

Wetter-Prognose für Dienstag, den 5. Dezember 1899. Wärmer, zeitweise auflockernd, vorwiegend trübe mit Regenfällen und frischen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Reichstag.

115. Sitzung vom 4. Dezember 1899, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler Fürst v. Hohenhausen, Freiherr v. Thielmann, Reichsbankpräsident Koch.

Das Haus ehrt zunächst das Andenken des verstorbenen Abg. Dr. Rautinger (Bayer. Bauernbund) in der üblichen Weise.

Erster Punkt der Tagesordnung ist die Beratung des Bundesratsbeschlusses betreffend die Aufnahme der Anlagen zur Herstellung von Zündmaschinen und von elektrischen Zündern in das Verzeichnis der einer besonderen Genehmigung bedürftigen Anlagen.

Der Bundesratsbeschluss findet in erster und zweiter Lesung ohne Debatte die Genehmigung des Reichstags.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Änderungen im Münzwesen.

Reichs-Schatzsekretär v. Thielmann:

Der Entwurf besteht aus zwei Teilen. Der erste bezweckt die Einziehung der Goldmünzen zu 5 M. und der Zwanzigpfennigstücke, der zweite soll diejenigen Münzen vermehren helfen, von denen der Verkehr eine größere Menge beanspricht.

Die Reichsbank ist zur Zeit nicht in der Lage, das Bedürfnis nach silbernen Fünfmarkstücken in den Industriebetrieben, namentlich in Westfalen, decken zu können. Wenn aber der Verkehr größere Mengen Silber erfordert, so müssen dieselben beschafft werden.

Abg. Dr. v. Frege-Weiglin (l.):

Es wäre sehr erwünscht gewesen, wenn die Währungsfrage überall und immer sicut ira behandelt worden wäre. (Sehr richtig! rechts.)

Reichsbankpräsident Koch

(auf der Tribüne sehr schwer verständlich) legt zunächst das Bedürfnis einer Erhöhung des Umlaufs an Scheidemünze dar. Die Steigerung des Bedarfs ist vor allem auf den Aufschwung in Handel und Verkehr zurückzuführen.

Abg. Dr. Heilgenstadt (natl.):

Die Maßnahmen, betreffend Einziehung von Münzen sind durchaus zweckmäßig. Nur müssten die nötigen Delaunatwahrungen nicht nur im Reichsgesetzblatt, sondern auch im „Reichs-Anzeiger“ erfolgen.

Abg. Speck (C.):

Wir stehen dem Entwurf ohne sicut ira gegenüber, halten aber eine Kommissionsberatung für notwendig. Die zur Einziehung bestimmten Silberstücke befinden sich meist in den Händen der Kapital-schwächeren Bevölkerung.

Abg. Dr. Trendt (Rp.):

Der Kommissionsberatung stimmen wir zu. Die meisten Bestimmungen der Vorlage sind ja ziemlich werthlos, sie bilden nur eine Dekoration zu der Hauptbestimmung, welche die Um-

prägung der Thaler verlangt. Die Thaler sind nicht unbeliebt. Wenn sie sich in den Bankeisen anhäufen, so ist das nur die Folge ihrer Ebenbürtigkeit mit den Goldmünzen und weil sie zur Deckung des Notenumlaufs benutzt werden müssen.

Abg. Dr. Siemens (fr. B.):

Ich möchte doch vor den Grauerleien, die der Herr Vorredner mit einer gewissen Leichtfertigkeit uns hier vormachte (Oh! rechts), warnen. Ich finde die Vorlage außerordentlich einfach, sogar ziemlich unbedeutend, und verstehe nicht die Aufregung, in welche sie einige Herren versetzt.

Abg. Gahn (wldl.):

Die Annahme der Vorlage ohne Kommissionsberatung würde eine schwere wirtschaftliche Schädigung bedeuten. Vor allem ist der Zeitpunkt für diese Vorlage, die eine eminent währungspolitische Bedeutung hat, sehr schlecht gewählt.

Abg. Dr. Schönlank (Ec.):

Es ist höchst auffallend, daß gerade die Herren von der Rechten heute wieder ihre Arbeiterfreundlichkeit entbehren haben und erklären, daß im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und der kleinen Leute diese Münzvorlage nicht annehmbar sei.

legalisiert werden. Artikel 4 geht eben dahin, den gesetzlichen Charakter des Thalers als courante Münze zu beseitigen. Er will also nicht etwa eine Vermehrung der jetzt bereits so großen Gesamtbelastung mit Silber — wir leiden ja geradezu an einer Hypothek des Silbers — sondern er degradirt den Thaler zu einer Reichsilbermünze, und folgt dabei nur der ökonomischen Entwicklung.

Wir haben ebensoviele Anlaß, hier den agrarisch-bimetallistischen Tendenzen Vorschub zu leisten, wie wir auf anderem Gebiete bei der Zollpolitik ihnen eine Erhöhung der Getreidezölle bewilligen können.

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Herr Schönlank hat früher einmal seine Schwärmerie für die Doppelwährung als Jugendecke bezeichnet. Ich muß ihm mummwunden zugeben, daß er seitdem älter geworden ist. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Fischbeck (fr. B.):

Wenn die Annahme der Vorlage Ihre Interessen so fördert, warum nehmen Sie sie nicht an, warum halten Sie so starke Reden dagegen? (Heiterkeit links.)

Abg. Trendt (Rp.):

Initiativantrag Herr. Gize, Jacobskötter, auf Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Heimarbeit. Dritte Lesung der Gewerbenovelle.

Gerichts-Beilage.

Der Saalhofort in Mühlentee bildete den Gegenstand einer Anklage wegen Verleumdung, groben Unfugs und Gotteslästerung, die am 4. Dezember vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II zu Berlin zur Verhandlung kam.

In Mühlentee war es seit langem den Töpfern, die dort eine Zentrale haben, nicht möglich, einen Saal für eine öffentliche gewerkschaftliche Versammlung zu bekommen.

Nach vergeblichen Verhandlungen wurde der Doykoll über die Lokale in Mühlentee erklärt. Zu diesem Zweck wurden 3 Flugblätter verbreitet, welche von dem Genossen Georg Freiwaldt verfaßt waren.

„Das Pfingstfest ist da, das Fest der Ausgiehung des Geistes, laßt Euch von dem Geist beherrscht sein, treu und fest zusammen zu stehen.“

Darin sah das Schöffengericht, trotz Widerspruch des Staatsanwalts, eine Gotteslästerung, und es verwies die Sache an das Landgericht.

In dem Termin am 4. Dezember erklärte der Vertreter der Staatsanwaltschaft selbst, daß er die Anklage wegen Gotteslästerung nicht vertreten könne. Er beantragte aber Bestrafung wegen Verleumdung und wegen groben Unfugs, den er in dem Volkst erblidete.

Der Angeklagte Freiwald übernahm die Verantwortung für den Inhalt der Blätter; der Angeklagte Horn erklärte, daß er deren Inhalt nicht gekannt habe und sie nur aus Gefälligkeit für Leute, die ihm gefällig gewesen wären, verbreitet hätte.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Heine wies auf frühere Urteile des Reichsgerichts und besonders des Landgerichts II hin, aus denen hervorgehe, daß ein Saalbuchst nicht als grober Unfug anzusehen sei, weil, wie das Landgericht II einmal gesagt hatte, die Arbeiter in ihrem planmäßigen Besuche resp. Richtbesuche bestimmter Lokale einen Preis besigen, mit dem sie die Befähigung der Werke zu einem gesetzlich erlaubten Zweck erlangen können.

Das Gericht sprach Horn völlig frei. Es erklärte, in den Flugblättern nicht den geringsten Anhalt zur Annahme einer Gotteslästerung gefunden zu haben, ebenso sah es in dem Volkst keinen groben Unfug. Bloß wegen einer formellen Verleumdung wurde Freiwald zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Übermalß der Teppichfabrikant Feibisch und die heutige Rechtsprechung. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung (Zwang gegenüber Arbeitswilligen) standen gestern der Arbeiter bezw. Weber Werner Reinhard, Otto Jechow und Wilh. Grosse vor dem hiesigen Schöffengericht. In der Teppichfabrik von Feibisch in der Kaiserstraße hatten Ende August die Arbeiter die Arbeit niedergelegt, weil der erste Angeklagte entlassen worden war. Die Arbeit wurde aber bald wieder aufgenommen; es kam indes am 4. September wiederum zu einem Ausstände, weil zwei Arbeiterinnen entlassen wurden, den Mitgliedern des Arbeiterausschusses jener Fabrik über den Grund der Entlassung keine Auskunft gegeben, vielmehr auch der Arbeiterausschuß seine Entlassung erhielt. Der Ausstand, der somit durch Tatsachen hervorgerufen worden war, die die Arbeiter als Mißregelungen ansehen, nahm dann den Charakter eines Streiks zum Zwecke der Lohnaufbesserung an, denn den Gehältern Feibisch wurde von der Arbeiterchaft ein neuer Lohnstarif unterbreitet. Während des Streiks sollen sich nun die drei Angeklagten an Arbeitswillige herangemacht und sie durch verschiedene Redensarten, die die Anklage als Drohungen anstufte, zu überreden versucht haben, an dem Ausstände teil zu nehmen. Der Staatsanwalt beantragte je eine Woche Gefängnis, Rechtsanwalt Heine dagegen die völlige Freisprechung, da von Drohungen gar keine Rede sei. Der Gerichtshof erachtete nur den Angeklagten Jechow für schuldig. Dieser hatte mit zwei in der Fabrik arbeitenden 15jährigen Mädchen ein Gespräch über den Streik angestellt und als er hörte, daß deren Mütter von einem Verlassen der Arbeit nichts wissen wollten, soll er geäußert haben: „Wenn der Streik zu Ende ist, dann werden wir wieder eingestellt, ihr steigt dann aber heraus!“ Diese Worte sollen nach Ansicht des Gerichts eine Drohung dar und Jechow wurde deshalb zu drei Tagen Gefängnis verurteilt! Die beiden andern Angeklagten wurden freigesprochen.

Die Anklage wegen versuchten Mordes bezw. Anstiftung dazu wird heute, Dienstag, die Buchdruckerei-Arbeiterin Auguste Buchwald und den früheren Kandidaten Gustav Hahn zum zweitenmale vor das Schwurgericht des Landgerichts II führen. Es handelt sich um den Mordplan, der in der Nacht zum 12. Juni auf dem Wege von Schmargendorf nach Bilmersdorf durch die Angeklagte Buchwald auf die Ehefrau des Hahn ausgeführt ist, aber zum Glück nicht den gewünschten Erfolg gehabt hat. Die beiden Angeklagten unterstellten ein Liebesverhältnis. Hahn pflegte in einem Lokale zu Schmargendorf zum Tanz aufzuspielen, seine Ehefrau, die auf die Buchwald eifersüchtig war, holte ihn gewöhnlich des Nachts von dort ab. Als sie mit ihrem Ehemann in der Nacht zum 12. Juni einen einsamen Weg den Bahndamm entlang ging, ließ letzterer sie unter dem Vorwande, daß er ein Bedürfnis zu verrichten habe, langsam vorausgehen. Gleich darauf küßte die Angeklagte Buchwald aus dem Hintergrunde hervor, drang mit einem Dol-

messer auf Frau Hahn ein und brachte ihr mehrere Wunden bei, die glücklichweise nicht gefährlich waren, da der aufgeschleppte Regen der Frau Hahn die Wunden der Stiche erheblich abschwächte. Frau Buchwald hatte sofort nach ihrer Festnahme ein Geständnis abgelegt und behauptet, daß es sich um einen wohl verabredeten Mordplan gehandelt und Hahn sie zu dieser That angezettelt habe. Man habe die Ehefrau Hahn über die Seite bringen wollen, um sich alsdann heiraten zu können. Die Angeklagte war auch in dem am 6. November vor dem Schwurgericht stattgefundenen Termin bei diesem Geständnis geblieben, während Hahn mit aller Emsigkeit den Angaben und Beschuldigungen der Buchwald widersprach. Er habe nie daran gedacht, seine Ehefrau aus dem Wege zu räumen. Die Buchwald hatte sich im ersten Verhandlungstermin damit herauszureden versucht, daß sie behauptete: sie habe die Absicht gehabt, den Mordplan doch lieber nicht auszuführen, habe sich hinter einen Strauß verstecken wollen, sei aber von der Hahn gesehen und mit einem Sägen geschlagen worden, worauf sie sich gewehrt und mit dem Messer blindlings um sich geschlagen habe. Die Verhandlung kam am 8. November zu keinem Endergebnis, weil im letzten Augenblick der Verteidiger des Hahn die Vorladung mehrerer Zeugen beantragte, um die völlige Unschuldigkeit der Buchwald zu beweisen. Diese Zeugen sind zum heutigen Termin geladen worden, doch muß die ganze Verhandlung von Anfang an nochmals wiederholt werden.

Durch unvorsichtiges Umgehen mit einer Schußwaffe ist ein Verbrechen im Unglücksfall verursacht worden. Der gestern die siebente Strafammer des Landgerichts I beschäftigte. Der 15jährige Kaufmannslehrling Wilh. Preuß hatte sich wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Der Angeklagte ist Lehrling in dem Einzelnen Eisenwarengeschäft in der Frankfurterstraße. Am 28. September wurde dort ein Leihung abgeliefert, das ein Kunde zur Reparatur gebracht hatte. Das aus drei Versionen bestehende Personal veranstaltete in dem lauten Laden ein kleines Scheibenschießen, um die Waffe auf ihre Brauchbarkeit zu prüfen. Erst schloß der Kommiss, dann der Lehrling Preuß und darauf der Angeklagte. Als der letztere die Waffe nahm, muß er unvorsichtiger Weise wohl den Hahn berührt haben, der Schuß ging vorzeitig los und das Geschloß traf den gerade in der Schußlinie befindlichen Lehrling Preuß. Der Getroffene stürzte sich wimmernd mit beiden Händen auf den Boden, die Angeklagte lief angsterfüllt zum nächsten Arzt. Der Verwundete ist dem Arzt unter den Händen gestorben. Wie der Gerichtspräsident Dr. Stoerner im gestrigen Termine begutachtete, ist dem Verstorbenen die Kugel in die Lunge gedrungen, der innere Unterarm hat schon nach einer Viertelstunde den Tod herbeiführen müssen. Der Angeklagte bot im Termine ein Bild der Verzweiflung über das Unglück, das er durch seine Unvorsichtigkeit angerichtet. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn einen Monat Gefängnis, während der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schmidt, zu erzielen suchte, daß die erlittene Untersuchungshaft als eine genügende Sühne anzusehen sei.

Das Urteil lautete nach dem Wirtage des Staatsanwalts, in dessen wurden hiervon 13 Tage durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet.

Verleidiung Steuerheber. Durch rechtskräftiges Erkenntnis des Amtsgerichts I ist ein hiesiger Einwohner wegen Verleidiung eines Steuerhebers zu 50 M. Geldstrafe event. zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Ein anderer hiesiger Einwohner wurde ebenfalls wegen Verleidiung eines Steuerhebers zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten verurteilt.

Wegen Schreyerei und mehrfachen Betruges wurde der Kaufmann Hugo Kugel aus Berlin von der Strafkammer zu Briege zu 4 Jahren Zuchthaus, zweijährigem Ehrverlust und 450 M. Geldbuße verurteilt.

Aus der Frauenbewegung.

Eine weibliche Hilfskraft für das Fabrikinspektorat ist in dem Vorschlag des bayerischen Staatshaushalts für 1900/1001 vorgesehen. Es heißt in den Erläuterungen für den betr. Posten: „Es soll dem Fabrikinspektorat eine wissenschaftlich gebildete Hilfsarbeiterin zur Unterstützung bei der Gewerbeaufsicht in Betrieben mit vorwiegend weiblichen Arbeiter beigegeben werden. Ihre Verwendung wird zunächst eine vertragsmäßige sein gegen eine jährliche Vergütung von 2000 M.“ Da sich der geforderte Posten im ordentlichen Etat befindet, so ist damit ausgesprochen, daß die „Hilfsarbeiterin“ als eine ständige Einrichtung gedacht ist.

Als **Schulkommissare** wurden bei der letzten Wahl in verschiedenen Verwaltungsbereichen des Staates Neu-Jork Frauen ge-

wählt. Meist legten sie mit erheblichen Stimmenzahlen über ihre männlichen Gegner. In einem Falle standen sich jedoch 8 weibliche Kandidaten gegenüber.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieg Verlag) ist vorben das 10. Heft des 18. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervorzuheben: „Zwei Kritiker meiner Agrarfrage“ von A. Kautsky. — Proletariat in der modernen Dichtung. Von H. Strobel. — Hand und Maschine. Von M. Beer-Neb Post. — Neues Gesetz in Dänemark über Eigentumsverhältnisse der Ehegatten. Von Maria Lederfeld. — Literarische Rundschau. — Heftchen: Michael Sotgirow (Schiffschrein). Von Ida Klammann. (Schluß.)

Von der „Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieg Verlag) ist und vorben die Nr. 25 des 9. Jahrganges ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervorzuheben: Halbe Arbeit. — Am Arbeiter-Paragrafen der lex Feinze. — Mädchenheime des evangelischen Diakonievereins. Von Ida Klammann. — Aus der Bewegung. — Familien: Der Marzoff. Aus den Memoiren eines Jägers. Von J. Turgenev. — Ratgeberin von Ely Braun und Maria Zeitlin. — Weibliche Fabrikarbeiterinnen. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Koalitionsrecht.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.

Konsum-Gesellschaft Moabit. Bitte auch Ihrerseits den Fragebogen einzufüllen.

N. M. 23. Aus unserem Verkehrskreis wird uns mitgeteilt, daß seit dem Herbst 1898 die 3. und 5. Eskadron der 3. Ulanen nicht mehr in Potsdam liegt, sondern daß das 2. Regiment jetzt in Hirschhausen liegt. Wir bitten unsere Leserschaft in Nr. 281 dahin zu berichtigen. Dem Ersuchen der Nichtigkeitung herzlichen Dank!

N. M. 64. Vorstehend der Verwaltung des Gesunde-Belohnungs- und Unterhaltungsfonds ist Stadtrat Dr. Weigert, Friedrichsgracht 58c. Dienstwärtiger Dienstboten über 50 Jahre, die längere Zeit ununterbrochen in Berlin gedient haben, erhalten, wenn sie bei Verwandten Unterkunft haben, bis zu 12 M. monatlich Unterstützung; auch können alle Dienstboten im Gesunde-Hospital, Kopenstr. 38-40, Aufnahme finden.

S. G. Concordia. Wenden Sie sich an Herrn Louis Friele, Weidstr. 14. — V. M. 16. Jubel!

Anna. Hürberg. Treten Sie schriftlich aus der Kasse aus. — V. M. 1. Kein. 2. Bis 1500 M. ist Stempelung nicht erforderlich. Sonst ist der Betrag beim Stempeltributoren mit 1,50 M. zu stampeln. — N. M. 7. Hahn. Ja. — 18. Lokale. Sie können nur auf Reparatur eventuell Schadenersatz klagen und die Reparaturen selbst besorgen und die anzuwendenden Kosten dann einlagen. — Berlin G. M. Leider nein. — Zwei Wetende. Ja. — Zwei Wetende 99. Die Gerichtsakten verbleiben erst vier Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem sie entstanden sind. — J. J. M. Solis der Tod eintreten, so hat die Kasse Biergeld zu zahlen. — N. M. 1000. Sie können Ihre Tochter nur mit Genehmigung des Vaters aus der Schule halten.

V. M. 7. Verklagen Sie die Kasse bei der Gewerbe-Deputation des Magistrats. Darin, daß Sie die Krankheit nicht meldeben, haben Sie unrecht gehandelt. — Karl Zopf. Leider können Sie die Invalidenrente nicht erhalten, wenn Sie nicht wenigstens 200 Markien geteilt haben. — N. M. 100. Keinem von beiden Geleuten steht die frühere Bekleidung des Ehemannes bezüglich der Pensionen im Wege. — Reinholden 24. Das Recht auf Biergeld steht in dem von Ihnen dargelegten Fall dem Unterhaltenden zu. — G. M. 12. Verklagen Sie die Kasse, falls es sich um einen unfallversicherungspflichtigen Betrieb handelt, bei der Aufsichtsbekörde. — Otto Krüger. Briefliche Antwort ertheilen wir nicht. Schreiben Sie mit Ihrer Frau einen gerichtlichen Vertrag, in dem Sie das Eigentum Ihrer Frau anerkennen und auf Verwaltungs- und Nachschußrecht verzichten. Ihre Frau haften nicht für Ihre Schulden. — Georg 10. Die Forderung ist unzulässig, aber vom 1. Januar 1900 ab zulässig. — Sieber. Schriftliche Antwort ertheilen wir nicht. Wenn Sie zum Stich nach Deutschland kommen, so ist trotz Ihrer geschätzten Anwesenheit nachzudenken bis zu Ihnen vorkommenden 42. Lebensjahre nicht ausgeschlossen. Von einer Verhaftung und dergleichen kann keine Rede sein.

N. M. 10. Wenn Sie einer dem § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügenden freien Mittelklasse angehören, so sind Sie nicht ordentlich-löhnerpflichtig. Ihr Arbeitgeber muß Ihnen also den Lohn voll und ganz zahlen. — Rüdorf 18. 4. Rechtskräftig wird solche Urkunde sofort. Ist aber die Zahlung zur Befriedigung der Gläubiger vollzogen, so kann sie von Ihnen als Ihnen gegenüber einseitig angeordnet werden. — N. M. 80. Sprechen Sie zur Klarlegung eventuell in der juristischen Sprechstunde vor. — S. Vork. Sie können lediglich um Bestätigung eruchen. Im übrigen ist es nicht selten, daß Steuerreklamationen erst nach etwa sechs Monaten erledigt werden. — Strohmann 14. Sprechen Sie mit dem Bezirke vor. Ohne Unsicht in den Jahren ist eine Beantwortung Ihrer Frage unmöglich. — S. V. Ja. — N. M. 32a. Sie müssen den Großvater des Kindes veranlassen, gegen den Erzeuger seines Kindes auf Alimentation zu klagen, eventuell bei Gericht zu beantragen, daß ein anderer zu diesem Behufe als Vormund bestellt werde. Der mit Ihnen geschlossene Vertrag ist nur unter Zustimmung der Mutter und des Vormundes und nach Genehmigung des Gerichts gültig. — 2. In der Ausführung dieser Behauptung dem Gericht oder der Polizei gegenüber liegt keine Verleidiung. Ein Grund zur Kündigungsdien Aufhebung des Arbeitsverhältnisses liegt leider in dem von Ihnen Angeführten nicht. —

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 5. Dezember.
Opernhaus. Così fan tutte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Das Wintermärchen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Probestandort. Anfang 7 1/2 Uhr.
Lefing. Als ich wiederkam. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die Herren Söhne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Richter. Anfang 8 Uhr.
Reich. Ein ungeschicktes Blatt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Werke. Die Perlenfischer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Plagymajor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubau. Busch und Reichendorf. Vorher: Die Nichtigkeit. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Die Gistie. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weick. Der Weltuntergang. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshülftisches. Ein gesunder Junge. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die Venus von der Westküste. Anfang 8 Uhr.
Röm. 4 Uhr. Das tapfere Schneiderlein.
Velle. Alliance. Gastspiel des Schillertheaters. Theater. Vier vom Schiller. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten. Vorstellung. Hand um Berlin. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr. Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr. Hörtaal: Herr Dr. Kass. „Die Schwarmmetalle“. Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

Palast. Aufnahme im Bade. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 8 Uhr. Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr: Sum 1. Male: Die Richter. Schauspiel in 3 Akten nach Carl Ferd. Meyer von Roman Börner.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Richter.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Cyprienne.

Central-Theater

Direktion: José Foranczy.
Die Geisha.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Operette in 3 Akten v. Edwin Jones. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73.
Drittletzte Woche:
Der Plagymajor.
Thomas, Thierscher, Helmerting, Junkermann.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Der Plagymajor.

Metropol-Theater.

Böhrenstr. 55/57. Dir.: Rich. Schultz.
Um 10 Uhr 30:
Liane de Vries.
Siegfried Steiner. Mirano.
Mary Wolf. Brothers Ceado.
Freres Kulper. Franc. Rivoli.
The 5 Greenwood.
Um 8 Uhr 30:
Rund um Berlin.
Anfang 8 Uhr.

Carl Weiss-Theater

Or. Frankfurterstraße 132.
Täglich:
Der Weltuntergang.
Großes Aufstattungsstück mit Gesang in 3 Akten (15 Bildern) von Dir. Carl Weiss und Joh. Till.
Wirt von W. Hall.
Anfang 8 Uhr.
Vorstellungsbillets haben Gültigkeit. Am Tunnel b. 7 Uhr ein Freikonzert. Sonnabendabends 8 1/2 Uhr: Kinder-Vorstellung. Kleine Preise. Abendbrüdel. Hausbesuchen mit Gesang. Gr. Ankündigung!

Apollo-Theater.

Zum vorletzten Male:
Frau Luna
und dem Luftballett „Aristoteles“. Ferner das neue Spezialität-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf täglich im Theater, beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 69, und beim „Invalidendank“, Unter den Linden 24 I.

Sanssouci

Kottbusstr. 4a.
Täglich außer Sonntagen:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Anf. Sonnt. 1/2, wochentl. 8. Sonntag und Donnerstag nach der Solree Tanz. Donnerstag, 7. Dez., zum 700. Mal: Venus, liebe Venus. Jeder Besucher erhält den Text gratis.

Maehrs Theater

Oranienstr. 24.
Unser Helgoland.
Vlederspiel in 1 Akt von O. Wagner. Musik von Rich. Taubert.
Mr. Canon, der phänomenale Kraftturner. Elsa Messer, die famosste Soubrette, und andere Spezialitäten.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Der Sieg des Menschen über die Natur.“
Hörtaal: Herr Dr. Kass. „Die Schwarmmetalle“. Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Neu:
Anatomisch. Museum. Dienstags für Damen.
Passage-Theater
Beginn des Konzerts 8 Uhr, der Vorst. 7 Uhr. 15. erstklass. Dab.

CASTANS PANOPTICUM

Präsident von Transvaal
„Ohm“ Krüger
und
General Joubert
mit kriegsgerüsteten Boeren.
Eine Gruppe von aktuellstem Interesse!

American-Theater.

Dresdenstr. 98. Dir.: Emil Schnabl.
Alle Darius. Tableaux vivants und 10 erste Klasse Debüts.
„Berlin ulkt!“
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Das riesengroße neue
Dezember-Programm.
10 erste Klasse Spezialitäten.
Sehen! Alfredo Truppe.
Ein Morgen in Süd-Afrika.
Große utomische Pantomime.
Dazu die unvergleichliche, abendlich mit großem Jubel am 20. Male aufgeführte Gesangsburleske
Susanne im Bade.
Anf. 7 1/2 Uhr. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Billet-Vorverkauf von 11-1 Uhr. In Vorbereitung: Leute von heute. Morgenstunden sind gültig und in allen Ugart-Gesch. zu haben.

Wedding-Park

Hüller-Strasse 178.
Jeden Dienstag.
Jeden Dienstag.
Heute, Dienstag, den 5. Dezember, vor dem Weihnachtstage letzte große humoristische Solree der Norddeutschen Sänger. Bisler, Wolf, Hohenberg etc. Entree 20 Pf. Vorverkaufsbillets 15 Pf. Wiedereröffnung d. Solree Dienstag, den 9. Januar 1900.

Gesellschaftshaus

Zuhäber
„Nord-Ost“, Gast. Brochnow. 17. Dezember. 17. Bernstr. VII, 1963. ca. 1000 Pers. festlich. — Weihnachtsfeierlinge zur Waisener, Sonnabend, 6. Jan., 17. März festl.

Tranvringe!

Neu! 900 gefempelt, 7 Gr. 20, 50 M., 54, Gr. 15, 50. Alle anderen Goldfäden ebenso restl. Hugo Lemde, Auguststr. 91, an der Oranienburgerstraße. Gegründet 1846. 25028

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
„Tenoristen-Vogel“.
Tagesklasse 11-1. Anf. präc. 7 Uhr.

W. Noacks Theater,

Branntweinstraße 16.
Der Trompeter von Säckingen
Romantisches Schauspiel mit Gesang in 3 Akten (7 Bildern) von Hildebrandt und Keller. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung: Tanzfränzchen.

Cirkus Busch.

Dienstag, d. 5. Dez., abends 7 1/2 Uhr:
Solree Equestre.
Zum 26. Male:
Die Camorra! Von der gesauten Presse als das größte und interessanteste Sensations-Ereignis des Jahrhunderts anerkannt. Der Eindruck einer italienischen Delinzenz auf der Bühne. Answi der Camorraisten mit der Carabinieri. Die phänomenale blaue Grotte mit der fenchönen !! Schluß-Apoteose !!
Gleichlich durchleuchteter Wasser! Gleichlich geschäftig! Küberdem: Sprung ab. einen 8 Fuß hohen Niesen-Gelanten d. Postulaten „Ship“. Etwa u. Wilson, Retardere am dreifach. Ref. Gr. Kartha Rohnte als Schutretterin. Rietzen aus dem Busch, große Schaulquadelle, geritten mit 12 Schulperlen.
Morgen, Mittwoch: Sportsklub. Sonntag, den 10. Dezember, nachm. 4 Uhr: Signor Noelia mit feinen dressierten Affen u. Damp. Spiele.

Cirkus Alb. Schumann.
Gute Dienstag, den 5. Dezember, abends präc. 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung
Ganz einzigartiges Programm.
Künstler der neuen Kunstschule. U. a. Mlle. Manja Bartowska, Violoncellistin, Mlle. Maria Perrenot, Pianistin, Mlle. Sophie Barriera (die jetzt noch von keiner Dame gezeigert worden).
Die Original-
Transvaal-Boeren
Truppe.
Zum Schluss zum 16. Male:
Der erste Schläger der Colosse!
Ritterschauspiel Schwarz und Weiß.
Das Stückspiel von 80 Damen.
Die sensationell. Vortr. d. 3 Amerikaner: Andrea - Golden - Mason.
Die phänomen. Dressur eines Herdes bei lebend. Wild auf rotierend. Apparat.
Dirig. Dress. d. Dir. Alb. Schumann u.
5 1/2 Pfd. Brot 50 Pfg.
H. Albrecht's
Bäckerei
Brangelstr. 9. Granstr. 19.
Kaldensteiner. 28. Panthofstr. 2.
Christbaumschmuck.
Großartige Auswahl, billige Einkaufspreise für Geschäfte und Händler.
Granstr. 24 I. 11829
Warum sind die Zähne so teuer?
Besonders durch das Abzählungsweesen. Reisende müssen von Haus zu Haus gehen und die Leute zur Bezahlung von Zähnen überreden. Für jeden Kunden erhält der Reisende ca. 10 M. Provision. Ferner bekommt der Zahnarzt 10 Prozent der einbestimmten Geblüder.
Wer muß dies alles bezahlen?
Doch nur der Patient!
Denn auch der Unbemittelte etwas für seine Zähne tun kann, bezahle ich: Plomben 1 M., Schmerzlos Zahnziehen 1 M., Reparatur 2 M., Zähne 1,50 Mark.
Die besten besten des Jahres nur ca. 50 Pfd., u. zahl 100 M. Belohnung, wer nachweist, daß die Zähne, für die andere 3, 4 u. noch mehr Mark nehmen, besser sind.
E. Fuhrmann,
seht Kottbuser-Str. 75, I.
Sprechst. 9-7 Uhr, Sonnt. 9-2 Uhr.

Elektrotechnik.
Mittwoch, den 6. Dezember, 8 Uhr beginnt ein
Neuer Abendkursus der „Elektra“.
Dauer 6 Monate in Theorie und Praxis. 31994
Anmeldung: Prinzenstr. 55 I.
Man verlange Prospekt!

Für 36 Mark
feinste feine Divan-Valetots nach Maß, für 30 Mark hochwertige Anzüge nach Maß, für 8-12 Mark feine Hosen nach Maß. 31959
Kleider-Stofflager.
Krausenstr. 14, I. kein Laden.
Möbelstoffe!
auch Reife! alle Qualitäten auf fallend billig.
Gelegenheitskauf! Moquet-Polster, 190 Uter. breit, p. Mtr. 5 M. 35 Pfd. Muster b. näherer Angabe franco.
Berlin S.,
Emil Lafèvre, Oranienstr. 158.

Wer will
billige Weihnachtsgeschenke kaufen? Durch Einkauf u. großen Posten auf Aktionen und von Konsummassen verkaufe ich
hochlegante Winter-Valetots von 8 M. 50 Pf. an
Hosenanzüge und Pelzriemen-Mäntel von 5 M. 25 Pf. an
Kaiser-Mäntel und Toppen von 6 M. 75 Pf. an
hochfeine Rod- und Jacket-Anzüge von 12 M. 50 Pf. an
Leder- und Arbeitshosen von 2 M. 25 Pf. an
Schnitten u. Knaben-Valetots, Anaben und Schnitten Anzüge, Herren-Jackets, Westen, Hosen und Röcke in allen Größen, Güte, Schürze, Stöße, Wäsche, Gardinen, Tischdecken, Portieren, Teppiche, Stühle, Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver, Teiching, Harmonikas, Geigen, Zithern, Regulator, Uhren, Ketten, Ringe, Kassetten, Goldsachen, Geldbörse und
zu spottbilligen Preisen
Gustav Lucke,
Gelegenheitsläufe,
Berlin, 131 Oranienstr. 131.
Von schweren Knechteln (Carcinoma) durch Herrn Dr. Rohlski, Berlin (W.), Kurfürststr. 119, ohne Operation geheilt.
Frau Henriette Weiss,
jetzt: Gardes-du-Corpsstrasse 17, I (Charlottenburg).

Achtung!
Socialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Friedrichstr. 236 (früher Marten):
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Socialdemokratie und ihr Ziel. Referent: August Bebel.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Nichtmitglieder haben Zutritt. - Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.
NB. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Zahlkette in der Blücherstraße (früher Kammann) eingegangen ist.

Achtung!
V. Wahlkreis.
Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Bölow, Prenzlauer Allee 242/247:
Öffentl. Parteiversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Rechtsanwaltes Viktor Fränkel über: Die Konjunktionsverhältnisse in ihrer sozialen Bedeutung.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Parteigenossen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.
Die Vertrauensleute.
217/8

Achtung!
Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 5. Dezember 1899, Abends 8 1/2 Uhr, bei Wernau, Schmedderstr. 23:
Versammlung
Tages-Ordnung:
Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Adolf Thiele. - Diskussion. - Vereind- Angelegenheiten.
Der Vorstand.
Gäste haben Zutritt. 248/00

Gewerkschafts-Bureau Berlin.
Die Stelle eines Beamten in unserem Bureau wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben. Die Bewerber müssen mit der socialpolitischen Gesetzgebung und Gewerkschaftsbewegung vollkommen sowie mit der Civil- und Strafprozess-Ordnung möglichst vertraut sein und durch ihre seitherige Thätigkeit in den Arbeiter-Organisationen in den Stand gesetzt sein, die Forderungen und Beschwerden der Arbeiter zu verstehen, um nach jeder Richtung hin Beiseid geben zu können. Die Bewerber haben eine streng selbständige Arbeit einzurichten, worin sie ihre Ansicht über die Bedeutung und Aufgaben des hiesigen Gewerkschafts-Bureaus niederzulegen haben. Ein kurzer Lebenslauf nebst Angabe der bisherigen Thätigkeit ist von den Bewerbern einzureichen. Das Gehalt beträgt jährlich 2000 Mark. Respektanten wollen ihre Gesuche bis 15. Dezember dieses Jahres an unseren Obmann G. Busse, Annoncenstr. 16 I. einreichen. 271/4
Der Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission.

Achtung!
Besonderer Umstände halber findet die Dezember-Versammlung des Arbeitervertreter-Vereins nicht Donnerstag, sondern am
Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr,
bei Buske, Grenadierstraße 33, statt.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Wahl der Vertreter zur unteren Verwaltungsbehörde der Invaliditäts-Kasse Berlin.
2. Nominierung der Schiedsgerichts-Mitglieder.
3. Bericht des Ausschusses und Nominierung der Vertreter sowie deren Stellvertreter zum Ausschuh.
4. Bericht über den Besuch der Heilstätte Waldow.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand. J. A.: Born, Schriftführer.
53/75

Achtung! Zementierer! Achtung!
Zahlstelle IV des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands und Berufsgenossen.
Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Delegierten von der Konferenz der Maurer der Provinz Brandenburg. 2. Warum organisieren wir uns? 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
Die örtliche Verwaltung der Zahlstelle IV Berlin.
57/11

Arbeiter-Sängerbund Berlins u. Umgegend.
Den geehrten Mitgliedern, welche zum Stiftungsfeste am 9. Dezember bei Papp von jedem Verein mitwirken haben, diese zur Nachricht, daß eine Probe nicht stattfinden. Gesungen wird: „Sängermaria“ und „Freiheit“. Die Scene werden angefordert, am Sonntagabend vom Sängerbund abzuholen.
Berlin, den 2. Dezember 1899.
Der Vorstand.
17/3

Wilmersdorf.
Mittwoch, 6. d. M., abends 8 Uhr, bei Witte, Berlinerstr. 10:
Versammlung des Socialdemokratischen Vereins.
Tages-Ordnung: Die Kommunal- und Gewerbegerichts-Wahlen am Ort. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen.
Der Vorstand.
13/5

Konsum-Verein Berlin-Rixdorf.
E. G. m. b. H.
Mittwoch, den 6. Dezember 1899, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Lancker, Rixdorf, Bergstr. 151/152:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Kassensbericht und Erteilung der Decharge. 3. Festsetzung der Dividende. 4. Festlegung der Entschädigung für den Vorstand und Aufsichtsrat. 5. Wahl von drei Mitgliedern zum Aufsichtsrat (§ 18 des Statuts). 6. Wahl dreier Ersatzmitglieder zum Aufsichtsrat. 7. Wahl eines Mitgliedes zur Prüfung der abgelegten Marken. 8. Antrag Schmidt auf Abänderung der §§ 14 und 26 des Statuts. 9. Antrag Schmidt auf anderweitige Festsetzung der Geschäftsjahrzeit. 10. Antrag auf den Reichen der Mitglieder (§ 13, Abs. 2 des Statuts). 11. Berichterstattung und event. Abänderung des § 8 des Statuts.
Der Vorstand.
J. A.: Wilhelm Jäger, Wilhelm Conrad.
Bahnärztliche Poliklinik für
unbemittelte.
Sprechstunde von 8 1/2-9 1/2, und 12 1/2-1 1/2 Uhr.
Chiolin, Elisabethstraße 24.
Neujahrs-Cigarrenspitzen
in großer Auswahl, Duzend von 40 Pf. an, auch socialistische mit Portrait von Vassale, Marx, sowie jede Drehschwarz. B. Günzel, Lothringenstr. 52.
Glaserei u. Vereinsgeschäft.
Max Richter, Grüner Weg 65.
Empfehle mein Lager von feinsten socialistischen Silber u. Eisen nebst Einrahmung, auch Kupfer- u. Stahlische. Sanbefestigung. 31892

Achtung! Maurer! Achtung!
(Vertrauensmänner-Centralisation.)
Bier große öffentliche Versammlungen,
1. für Friedrichsberg, Rummelsburg und Umgegend am Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, in Rummelsburg, Rummelsburgerstr. 21/25 (Deutscher Reichsgarten).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. - 2. Die Konferenz der Maurer Deutschlands und Wahl der Delegierten zu derselben. - 3. Generalschlichtung.
Am Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 Uhr:
für Süd-Osten, Süden und Westen im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. 18c,
für Osten und Nord-Osten: Weberstr. 17, „Hera-Säle“ (früher Rief),
für Norden, Wedding und Moabit: Kolbergerstr. 23 (Kolberger Salon).
Tages-Ordnung in den letzten drei Versammlungen:
1. Fortsetzung der Diskussion aus der Versammlung in den „Voraustrassen“ über die Stellung des Arbeiterbundes in der Arbeiter-Kommunisten gegenüber den Gewerkschaften. - 2. Verschiedenes.
Die Kollegen werden dringend ersucht, diese Versammlungen zahlreich zu besuchen.
Die Lohnkommission. J. A.: Fritz Kater. 192/6

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Montag, den 6. Dezember, abends 8 1/4 Uhr:
Bezirksvertrauensmänner-Versammlungen
Osten und Nordosten: bei Mann, Strahlbergerstr. 3.
Tages-Ordnung:
Bericht der Obmänner, Berichtsangelegenheit, Verschiedenes.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:
bei Wernau, Schmedderstr. 23.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Bezirk-Kontrollkommission. 2. Vorstand- und Berichtsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Wedding und Gesundbrunnen:
im Lokale des Herrn Knabe (Kolberger Salon), Kolbergerstr. 23.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Werkstatt- und Verbandsangelegenheiten. Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Moabit: im Lokale des Herrn Jocksch, Turmstr. 84.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Vertrauensmänner. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes und Vorschläge zur Werkstatt-Kontrollkommission. Es ist Pflicht, daß jede Werkstatt vertreten ist.
Westen und Südwesten: in Gabels Brauerei, Bergmannstraße 57.
Tages-Ordnung: 1. Werkstattangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
Südosten: bei Berend, Mantuffelstr. 95.
Tages-Ordnung: Werkstattangelegenheiten, Verschiedenes. Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Süden: bei Krieger, Wasserhorststraße 68.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Lohn- und Accordarbeit. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
In dieser Versammlung sind die Kollegen aus folgenden Werkstätten eingeladen: Försteling, Urbanstr. 102; Voss, Prinzenstr. 24; Schubert, Budowerstr. 6; Vange, Lützenallee 12; Eilan Bad, Wilmersstr. 75; Wegel, Wilmersstr. 63; Kräger u. Schumann, Beuthstr. 4; Lemke, Stallhändlerstr. 25; Donat, Neue Jakobstraße 5; Döring, Alte Jakobstr. 20.

Friedrichsberg: bei Heinicke, Friedrichsstr. 11.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Obmannes. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Brauche Parkettbodenleger.
Mittwoch, den 6. d. M., abends 8 Uhr, bei Hude, „Spreckallen“, Kirchstraße 27:
Kommissions-Sitzung mit Vertrauensleuten.
Jede Firma muß vertreten sein. - Ferner werden die Kollegen der Firmen: Mittag, Leide, Ende, Badmeyer, Danko aufgefordert, auch ihrerseits Vertrauensleute zu entsenden.
Musikinstrumenten-Arbeiter.
Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Zols („Fürstlichhof“), Köpckeplatz 137-138.
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Es muß jede Werkstatt vertreten sein. Wo kein Vertrauensmann gewählt ist, hat jedes Verbandsmitglied die Pflicht, die Werkstatt freiwillig zu vertreten.

Drechsler.
Am Mittwoch, den 6. Dezember 1899, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Bezirke.
Norden: bei Herrn Kopps, Adlerstraße 145. Osten: bei Witte Mühle, Köpenickerstr. 41. Südosten, Westen und Südwesten: bei Herrn Möhring, Admiralsstraße 18c („Märkischer Hof“).
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Obmänner. 2. Der Streik der Moabiter-Drechsler. 3. Verbands- und Branchengelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Eine jede Werkstatt muß vertreten sein, auch die Kollegen, welche in Werkstätten beschäftigt sind, haben Vertreter zu entsenden.
Die Vertrauensleute haben die ausgefüllten Ratifikations-Protokolle in die Versammlung mitzubringen; wo solche noch nicht vorhanden, sollte man sich an die Adressen der folgenden Obmänner wenden:
Osten: Emil Köppen, Mühlendörferstraße 59.
Norden: Wilh. Dentsch, Strellitzerstraße 70.
Süd-Ost: Fritz Malsch, Rammelsbergstr. 72.
Süd-West: Hugo Schödel, Blauwälderstr. 89/90.
Für Beachtung! Im Centrum befindet sich die Zahlstelle bei Gärtners, Wollenstr. 12.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Vertrauensmänner-Versammlungen.
Former: Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20.
Klempner: Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, bei Cohn, Beuthstr. 20-22.
Westen, Schöneberg, Tempelhof:
Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, bei Werner, Bismarckstr. 59.
Mittwoch, den 6. Dezember 1899, abends 8 1/2 Uhr:
in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20:
Bezirks-Versammlung für Süden u. Centrum.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Raschke über „Die Hygiene des Auges“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Zahlreicher Besuch erforderlich. 117/16
Die Ortsverwaltung.

Berliner Leihhaus!
Uhrenhandlung. 41, Andreasstr. 41. Uhrenhandlung.
Öffnet von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Sonntag, den 3. d. M., mein lieber Bruder und Schwager, der Töpfer
Otto Köppen
am Herzschlag sanft entschlafen ist. Dieses selbige tiefbetrauert an
Wolff Köppen nebst Frau.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. d. M., nach 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Panlow, Drehmstraße 56, aus statt. 13416
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Centralverband der Töpfer Deutschlands.
Filiale Berlin.
Am Sonntag, den 3. Dezember, abends 10 1/2 Uhr, fand unser Kollege
Otto Köppen
am Herzschlag. 195/20
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 6. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Panlow, Drehmstraße 56, aus statt. 12350
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Marie Heinemann,
geb. Hanckel,
am Sonntag, den 2. Dezember, nach kurzem, aber schwerem Krankenlager verstorben ist.
Beerdigung am Dienstag, den 5. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Reichsheiner Gemeinde-Kirchhofs, Köpckeplatz, aus. 12350
Um stille Teilnahme bitte!
Adolf Heinemann,
Neu-Wehlfener, Langhausstr. 54.

Socialdemokratischer Wahlverein für Zeltow-Beeslow-Charlottenburg.
Den Mitgliedern hiermit die traurige Nachricht, daß unser Genosse
Bruno Jähnert
am Sonntag nach langer, schweren Leiden verstorben ist. Wir verlieren in ihm einen eifrigen und opferwilligen Genossen. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. d. M., nachmittags 3 Uhr von der Halle des Neuen Pulvis-Kirchhofes in Wehnd aus statt. 250/11
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Charlottenburg.
Todes-Anzeige.
Sonntag, den 2. Dezember, starb der Genosse
Bruno Jähnert
im Städtischen Krankenhaus an der Proletariatskrankheit. 13416
Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Neuen Pulvis-Kirchhofes, am Fürstentumsweg, aus statt.
Treffpunkt um 2 Uhr bei Eberhard, Wilmersburgerstr. 88a.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vertrauensmann.

Danksagung.
Allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gefangenverein „Typographia“, welche unserer herzlich guten Mutter
Pauline Strophff,
geb. Caspich,
die letzte Ehre erwiesen haben, hiermit den herzlichsten Dank. 12346
Die trauernden Kinder.

Kranzbinderi u. Blumenhandlung von 13474
Robert Meyer,
No. 2. Mariannenstr. No. 2.
Bildungs-Kränze, Guirlandes, Ballkränzen, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert.
Blumenhandlung
und Kranzbinderi von 13474
Otto Krabe
19a Admiral-Strasse 19a
empfiehlt Bildungskränze, Sträuße, Kränzen, Topfgewächse aller Art.

Stempel-Fabrik von 24782
Robert Hecht,
Berlin S.,
Cranienstr. 142.
Liefert schnell und billig alle Arten
Stempel
in bester Ausführung.
Zusätzlich Typen „Perfect“ zum Zusammenfügen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1-50 M. an.

Fort mit den Warzen!

Mein Warzenpflaster... Fort mit den Warzen!

Natur-Heilverfahren... R. Wagner

Oberbruch-Mast-Gänge... A. Klein & Co.

Polyphon... Bial, Freund & Co. Breslau

Konrad Friese... Müllerstr. 4

Gänsefedern 60 Pf....

Fritz Linke... Zimmerstr. 33

Möbel und Polsterwaren... A. Schulz

Für Magenleidende!

Allen denen, die sich durch Gefälligkeit oder Überladung des Magens...

Magenkatarrh, Magenkrampf, Magenschmerzen...

Dieser Kräuter-Wein ist aus vorzüglichen, heilkräftig befundenen Kräutern...

Stuhlverstopfung und deren unangenehme Folgen...

Stuhlverstopfung und deren unangenehme Folgen, wie Verstopfung...

Hageres, bleiches Aussehen, Blutmangel, Entkräftigung...

Hageres, bleiches Aussehen, Blutmangel, Entkräftigung sind meist die Folge...

Kräuter-Wein ist zu haben in Flaschen à 1,25 und 1,75 M. in sämtlichen Apotheken...

Vor Nachahmungen wird gewarnt! Man verlange ausdrücklich Hubert Ulrich'schen Kräuter-Wein.

Mein Kräuter-Wein ist kein Geheimmittel; seine Bestandteile sind: Malagawein 440,0...

Frühstück-Suppen, Gemüse- und Kraftsuppen, Bouillon-Kapseln, Suppen-Würze, MAGGI

Reinhold Wankel, Berlin N., Brunnenstrasse 163, altestes Geschäft der Brunnenstrasse...

Zum Weihnachtsfeste empfehle mein großes Lager feinst. gezeichnete BILDER...

Hutlager A. Rosenblum M. 3,15, englischer und deutscher Fabrikate, Friedrichstr. 91/92.

Aug. Stein, Gold- u. Silberwaren, Berlin SO., 177 Oranienstrasse 177, Gee. Waldbergr.

Sächsische Strumpf-Fabrik, Niederlage, Verkaufsstelle Rixdorf: Georg Jonas, Bergstr. 49.

Zähne 2 M., 10 Jahre Garantie, Vollkommen schmerzloses Zahnziehen...

Jede Dame spart Geld.

Um zu räumen Damenmäntel bedeutend unter Herstellungspreis. Eine Partie Jacketts, verziert, gefüttert...

Möbel und Polsterwaren, Großes Lager, Reichbergerstr. 5.

Natur-Heilverfahren, Ich heile ohne Verschönerung alle Männer- und Frauenleiden...

Filzhüte für Herren, neue Form, 1,00, 1,45, hochfeine Winterhüte...

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Anzeigenstellen für Berlin bis 2 Uhr...

Verkäufe.

Gartenband Große Frankfurtstr. 8, parterre. 11055, Betten, Teppiche, Stropfbetten...

Kontorösten-Handverkauft Potsdamerstr. 60, Gardinen, Fenster 98 Pf....

Gärger Kanarienvogel, 10-12 M. Versand gegen Nachnahme...

Draniertstraße 108, Bierhaus zum Erlanger, großer Mittagstisch...

Plätterinnen auf Stichtagen und gewaschene Unterlegetagen...

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“, Osten: Robert Wengels, Frankfurt 30...